



Inhalt

Konstruktion und Dekonstruktion von Geschlecht. Perspektiven für einen neuen Feminismus

Ina Kerner

I. Feminismus heute und gestern	2
II. Die Trennung von Sex und Gender	5
III. Die Debatte um Gleichheit oder Differenz	7
<i>Gleichheitsfeminismus</i>	8
<i>Differenzfeminismus</i>	8
IV. Intersektionalität und die Pluralisierung von Gender	9
V. Die Entnaturalisierung von Sex	11
VI. Perspektiven für einen neuen Feminismus	13
VII. Fragen zum Text	17
VIII. Links zum Text	18
IX. Literatur	18
X. Endnoten	22
XI. Über die Autorin	24
XII. Andere Veröffentlichungen der Autorin	25



Ina Kerner

Konstruktion und Dekonstruktion von Geschlecht. Perspektiven für einen neuen Feminismus

I. Feminismus heute und gestern

Wollte man den Versuch unternehmen, in zwei, drei Sätzen den gegenwärtigen Stand des Feminismus in Deutschland zu umreißen, so geriete man schnell in Verlegenheit – oder müsste sehr grob vereinfachen. Denn das Bild, das sich uns zeigt, ist unübersichtlich, schillernd und vielfältig. Da sind zum einen Vertreterinnen einer „neuen F-Klasse“, die das Label „Feministin“ grundweg vermeiden, da sie es mit Selbstviktimsierung assoziieren und sich selbst nicht als Opfer verstehen. Deren Frontfrau Thea Dorn wettet in Talkshows und Feuilletons mit Vehemenz gegen die biologistischen Heim-an-den-Herd-Rufe einer Eva Herman, verkündet jedoch gleichzeitig, dass der Feminismus einen noch schlechteren Ruf habe als die Bundesbahn (vgl. Dorn 2006: 36). Die Bundesbahn selbst stößt in ihrem Magazin *mobil* in ein ähnliches Horn: „Ich bin zwar keine Feministin, aber ein bisschen davon habe ich schon“, zitiert das DB-Blatt in der Mai-Ausgabe 2007 die polnische Laserforscherin Halina Abramczyk, die an der Entwicklung eines molekularen Verfahrens für die Brustkrebs-Früherkennung arbeitet und dafür nicht nur eine prestigeträchtige EU-finanzierte Forschungsprofessur bekommen hat, sondern eben auch in *mobil* portraitiert wurde (vgl. Greiner 2007). Da ist außerdem die Wochenzeitung DIE ZEIT, die im Sommer 2006 unter dem Titel „Wir brauchen einen neuen Feminismus“ fünfzehn beruflich profilierte Frauen Bilanz über Geschlechterfragen ziehen lässt, in einer erläuternden Redaktionsnotiz jedoch verkündet, „einen neuen Feminismus zu fordern war in den letzten 20 Jahren so ziemlich das Unsouveränste, was man als Frau tun konnte“ – denn „man outete sich damit nicht als kämpferisch, sondern als schwach“ (vgl. DIE ZEIT Nr. 35, 24. August 2006: 49). Parallel dazu trifft sich die EMMA-Chefin Alice Schwarzer zum Interview mit FAZ-Herausgeber Frank Schirrmacher, und distanziert nicht nur sich, sondern gleich den gesamten Feminismus von der Quote: „Ist ihnen eigentlich klar, dass die Quote nicht vom Feminismus kommt? (...) Die Quote kommt von den Parteifrauen. Die kamen und kommen ohne diese Krücke in ihren Männerparteien nicht voran“, antwortet sie dem Publizisten, als dieser äußert, seine Generation sei mit einer Aversion gegen Quotenregelungen großgeworden (vgl. FAZ Nr. 152, 4. Juli 2006: 45).

Während in der medialen Öffentlichkeit feministische Positionen zur Zeit selten ohne Abgrenzung von einer ominösen Angelegenheit namens „Opferfeminismus“ vertreten werden, sieht das Bild in Wissenschaft und Verwaltung ganz anders aus. An den Hochschulen wird in den unterschiedlichsten Disziplinen sehr ernsthaft Frauen-, Geschlechter- und Männlichkeitsforschung betrieben. Und auch wenn die entsprechenden Professuren und Studiengänge in den inneruniversitären Macht- und Ressourcenkämpfen nicht immer gesichert sind, und zudem so manche Veranstaltung – sei es ein Modul oder eine Konferenz – seit einigen Jahren aus Gründen der Salonfähigkeit eher den Namen „Gender“ trägt als das Label „Feminismus“, käme hier wohl kaum jemand auf die Idee, die Auseinandersetzung mit Geschlechterfragen und der Einsatz für Geschlechtergerechtigkeit seien grundsätzlich peinlich, bedürften Entschuldigungen oder manifestierten gar persönliche Schwäche. Zudem zeichnet sich bezogen auf die Bereiche von Politik und öffentlicher Verwaltung ein gravierender geschlechterpolitischer Wandel ab. Seit im Jahre 1999 der Amsterdamer Vertrag in Kraft trat und die EU-Mitgliedstaaten zu aktiver Gleichstellungspolitik im Sinne des Gender Mainstreaming verpflichtet, haben nämlich sowohl die Bundesregierung als auch diverse Landesregierungen diese potentiell sehr weitreichende geschlechterpolitische Strategie implementiert und vielfältige einschlägige Aktivitäten entfaltet – auch wenn diese durchaus noch um- und ausbaufähig sind. Gender Mainstreaming bedeutet laut Definition der Bundesregierung:

„bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig zu berücksichtigen, da es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt“ (BMFSFJ 2002: 5).

Und in der jüngsten Ausgabe des *Brockhaus* ist in einem ausführlichen Eintrag zum Stichwort Gender-Mainstreaming u.a. zu lesen:

„polit. Strategie zur Gleichstellung der Geschlechter. G.-M. markiert einen grundlegenden Strategiewechsel in der Gleichstellungspolitik weg von der traditionellen Frauenförderung hin zu einem umfassenden Gender-Ansatz, der das Verhältnis der Geschlechter zueinander



insgesamt verändern will. G.-M. wird als ein Prozess verstanden, der darauf zielt, dass bei sämtl. polit. Aktivitäten – auf allen Ebenen, in allen Bereichen und in allen Phasen – die Auswirkungen für Frauen und Männer beachtet werden. Die unterschiedlichen Interessen und Erfahrungen beider Geschlechter sollen zu einem zentralen Bestandteil bei der Planung, Durchführung, Überwachung und Auswertung aller polit. Grundsätze und Programme werden („polit. Querschnittsaufgabe“). (...) Ziel ist die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen gesellschaftl. Bereichen (Politik, Wirtschaft, Soziales, Recht) und auf allen Ebenen (regional, national, international) im Rahmen einer ‚geschlechtergerechten Gesellschaft‘. Damit geht G.-M. weit über die Forderungen und Organisation traditioneller Frauenförderung hinaus. Jedoch werden konventionelle Ansätze durch G.-M. nicht überflüssig, sondern als komplementäre Elemente in eine gleichstellungspolit. Gesamtstrategie integriert.“ (Brockhaus in 30 Bänden, 21. Aufl., Bd. 10: 416).

Folgt man diesen beiden Darstellungen, ist Gender Mainstreaming tatsächlich ein sehr weitreichendes politisches Reformunternehmen – und eines, das viele Fragen aufwirft, zudem. Wie z.B. sind heute die unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen und Männern zu bestimmen? Und worin unterscheiden sich die Interessen und Erfahrungen beider Geschlechter? Was z.B. wären mainstreamingfähige weibliche Erfahrungen? Fehlende Betreuungseinrichtungen für Kleinstkinder? Homophobie? Ausbeutung am informellen Arbeitsplatz? Unterstützung durch freundliche Lehrerinnen? Rassistische Diskriminierung? Offenbar gibt es eine Vielzahl weiblicher Erfahrungen, die keinesfalls von allen Frauen geteilt werden. Manche dieser Erfahrungen werden eher von Subgruppen von Frauen und Männern geteilt als von allen Frauen. Dennoch können diese Erfahrungen prägend sein und zu ernststen und berechtigten Interessen führen. Wer also legt fest, welche Erfahrungen und Interessen welcher Frauen und Männer Eingang in Prozesse des Gender Mainstreaming finden? Und nach welchen Kriterien wird dies festgelegt? Und was ist eigentlich mit Erfahrungen und Interessen von Intersexuellen und anderen Personengruppen, die sich nicht klar als männlich oder weiblich klassifizieren können oder wollen? Können sie im Rahmen von Gender Mainstreaming bearbeitet werden, oder handelt es sich dabei um geschlechterpolitische Belange, die hier grundsätzlich keinen Platz haben? Mit anderen Worten: Welche

Geschlechter hat Gender Mainstreaming im Blick? Und was ist mit Bezug auf diese Geschlechter Gender? Ist Gender dasselbe wie Geschlecht? Wenn nicht, wie unterscheiden sie sich, was genau bezeichnen die beiden Begriffe? Und da Gender Mainstreaming ja offensichtlich ein politisches Projekt ist, das auf Missstände reagiert, die mit den Kategorien Gender bzw. Geschlecht zu tun haben – wo wirken Gender und Geschlecht – und wie? Haben sich diese Wirkungen über die Jahre, Jahrzehnte und Jahrhunderte verändert oder waren sie immer gleich? Und wie kam es überhaupt dazu, dass nun flächendeckend „gemainstreamed“ werden muß, wo doch die Gleichbehandlung aller Bürger zu den Grundprinzipien liberaler Demokratien gehört?

Die Politik der Neuzeit und das moderne politische Denken waren von Anbeginn gekennzeichnet durch ein im Wortsinn merkwürdiges Zusammenspiel von universalistischen, wenn nicht unbedingt alle Menschen der Erde, so doch alle Bürger eines Staates betreffenden Überlegungen und Proklamationen einerseits und exklusiven, segregierenden und hierarchisierenden Praktiken andererseits. Nicht zuletzt Frauen waren im Rahmen von Überlegungen und Maßnahmen, die das öffentliche Leben betrafen, trotz universalistischer Rhetorik keinesfalls immer mitgemeint.¹ Sie blieben zum Beispiel vom sogenannten „allgemeinen Wahlrecht“ in vielen Staaten noch Jahrzehnte nach dessen Einführung ausgeschlossen. Wenn in historiographischen Nachschlagewerken bis heute behauptet wird, in Deutschland sei das allgemeine Wahlrecht mit dem Inkrafttreten der Verfassung des Deutschen Reiches von 1871 eingeführt worden, und nicht erst 1919, als durch die Weimarer Verfassung auch Frauen das Wahlrecht zugesprochen wurde, so reproduzieren jene Organe der Geschichtswissenschaft überkommene androzentrische Denkmuster.² Sie tragen und verlängern die Auffassung, man könne statthafte von der Allgemeinheit eines Personenkreises sprechen, während man tatsächlich bloß eine (privilegierte) Subgruppe dieses Kreises meint, in die Gegenwart.

Geschlecht war mithin schon lange vor der Einführung des Gender Mainstreaming eine wichtige Kategorie der Politik – und der politischen Theorie sowie weiterer Wissenschaften ebenfalls. Denn um Ungleichbehandlungen wie ein exklusives Wahlrecht vor dem Hintergrund allgemeiner Aussagen über den Menschen, seine Vernunft und seine Rechte zu legitimieren, mussten die



Ungleichen, in diesem Falle Frauen, als grundsätzliche Abweichlerinnen von dem neuen, allgemeinen Menschenbild beschrieben werden. Dieser Aufgabe widmete sich die im 18. Jahrhundert entstehende weibliche Sonderanthropologie (vgl. Honegger 1991), deren Befunde von Literatur und politischer Theorie und Philosophie sowohl antizipiert als auch rezipiert wurden (vgl. z.B. Schaeffer-Hegel 1988; Rauschenbach 1998).³ Mit naturwissenschaftlichem Anspruch wurden hier weibliche Charaktermerkmale aus den Besonderheiten des weiblichen Körpers abgeleitet. Damit wurden Geschlechterdifferenzen biologisiert. Frauen sprach man dabei diejenigen Eigenschaften ab, die für ein Leben in der Öffentlichkeit als erforderlich betrachtet wurden. Zugeschrieben wurden ihnen Dispositionen, die aufs Beste mit einem privaten, familienzentrierten, der Reproduktion verschriebenen Leben harmonierten. Auf diese Weise konnte bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts ein naturalisiertes, dualistisches Modell geschlechtlicher Differenzen etabliert werden. Weiblichkeit wurde dabei mit Reproduktion, Privatheit, Natur und Emotionalität assoziiert, während Männlichkeit die höher bewerteten Aspekte Produktion, Öffentlichkeit, Kultur und Rationalität zugeordnet wurden.⁴

Dieses Modell sowie die politischen und gesellschaftlichen Hierarchien, die mit seiner Hilfe legitimiert wurden, haben seither als Referenz- und Angriffspunkt vielfältiger Anstrengungen gedient, die politisch und/oder theoretisch auf Geschlechtergerechtigkeit abzielen. Im 19. und frühen 20. Jahrhundert haben die Aktivistinnen der *ersten Frauenbewegung* vor allem für die rechtliche Gleichstellung und die Ausweitung der grundlegenden Bürgerrechte auf Frauen gekämpft; dabei ging es um das Wahlrecht, aber auch um gleichen Lohn für gleiche Arbeit, die Verbesserung von Arbeitsbedingungen und um gleiche Bildungschancen, beispielsweise das Immatrikulationsrecht.⁵ In den späten 1960er Jahren entstand im Zusammenhang studentischer Proteste und anderer linker Aufbruchsaktivitäten die *zweite Frauenbewegung*. Denn die bis dahin erfolgte rechtliche Gleichstellung von Männern und Frauen konnte keinesfalls als abgeschlossen bezeichnet werden; und von Geschlechtergerechtigkeit in einem umfassenden gesellschaftlichen Sinne konnte sowieso kaum die Rede sein. Wie schon die erste, so war auch die zweite Frauenbewegung heterogen und reklamierte im Verlauf der folgenden Jahre und Jahrzehnte die unterschiedlichsten Belange als genuin feministische Anliegen: Kinderbetreuung und das

Recht auf Schwangerschaftsabbrüche, Lohngleichheit und die Entlohnung von Hausarbeit, Pornographieverbote und sexuelle Befreiung, Frauenbildung, häusliche Gewalt, Weltfrieden etc.

In der Frauen- und Geschlechterforschung, die sich als akademischer Zweig der zweiten Bewegung etablierte, wurden sowohl inhaltliche als auch formale Aspekte dominanter Geschlechterarrangements zum Thema. Das waren vor allem Weiblichkeits- und Männlichkeitsnormen und ihr Verhältnis sowie die wichtige Frage, wie sie entstanden sind, wie sie reproduziert werden und auf welche Weisen sie verändert werden können. Hält man sich die Heterogenität der Bewegung sowie die Komplexität der behandelten Fragen vor Augen, wird nicht weiter überraschen, dass die Geschlechterforschung alles andere als ein einmütiges Unterfangen darstellt. Vielmehr konkurrieren die unterschiedlichsten theoretischen Prämissen, und stehen die verschiedensten Forschungsprioritäten nebeneinander. Allein schon die Frage, wie „Geschlecht“ bestimmt werden sollte, ist höchst umstritten – in den verschiedenen Varianten der Geschlechterforschung nicht weniger als im umsetzungsorientierten Gender Mainstreaming. Wichtige theoretische Auseinandersetzungen in jüngerer Zeit haben sich hier vor allem an zwei Fragen kristallisiert.

Zum einen geht es darum, wie tiefgreifend Geschlechtsmerkmale überhaupt naturalisiert worden sind und wie weitreichend folglich die theoretische Operation einer Entnaturalisierung angelegt werden sollte. Mit anderen Worten: Was genau meinen wir, wenn wir von problematischen und zu verändernden Männlichkeits- und Weiblichkeitsnormen sprechen? Meinen wir in erster Linie Assoziationen wie diejenige von Männlichkeit mit Rationalität und von Weiblichkeit mit Emotionalität und Fürsorglichkeit? Meinen wir also vor allem inhaltliche Zuschreibungen, die nicht nur all jenen Frauen und Männern das Leben schwer machen, auf die diese Attribute nicht maßgeblich zutreffen, sondern die vor allem auch überkommene hierarchisierende institutionelle Arrangements stützen wie die traditionelle Kleinfamilie mit einem männlichen Ernährer und der von ihm abhängigen Hausfrau – eventuell mit Zuverdienst – und Mutter? Oder haben wir, wenn wir wirkmächtige Männlichkeits- und Weiblichkeitsnormen kritisieren, zusätzlich im Blick, dass diese meist heteronormativ fundiert sind, also unterstellen, „normales“ Begehren richte sich auf Angehörige der jeweils anderen Genusgruppe? Und



gehen wir zudem davon aus, dass Geschlechternormen nicht nur unsere Welt strukturieren und unser Verhalten beeinflussen, sondern außerdem unsere Körper und unser Körperempfinden affizieren? Und nicht zuletzt dazu beitragen, dass wir überhaupt bloß zwei Geschlechter unterscheiden?

Zum anderen wird diskutiert – und dies betrifft die zweite der angesprochenen Fragen –, ob ein affirmativer Rekurs auf Geschlechterdifferenzen politisch geboten ist, und zwar u.a. weil dem nach wie vor herrschenden Androzentrismus nur mit Gynozentrismus schlagkräftig begegnet werden kann, oder ob derartige Affirmationen nicht im Gegenteil wegen ihrer Vereinnahmbarkeitsgefährdung und der möglichen kontraproduktiven Folgen vermieden werden sollten.

Beide Fragenkomplexe mit den um sie rankenden Debatten werden im Folgenden aufgegriffen. Vordergründig soll zunächst vor allem eine Theoriegeschichte aus den letzten Jahrzehnten erzählt werden: Die Geschichte nämlich von der schrittweisen – wenn auch nicht unbedingt linearen – Entnaturalisierung der Kategorie Geschlecht im Kontext der akademischen feministischen Theorieproduktion in Nordamerika und Westeuropa. Die zentralen Stationen dieser Geschichte markieren zugleich die wichtigsten feministischen Grundpositionen der westlichen Denktradition, wie sie auch heute noch vertreten werden.⁶ Als Nebeneffekt der Entnaturalisierungsgeschichte soll so ein Tableau entstehen, das die Vielfältigkeit aktueller geschlechtertheoretischer und -politischer Möglichkeiten illustriert und deren jeweilige Vorzüge und Nachteile kenntlich macht. Dabei soll sich zudem zeigen, auf welche Weisen die Konstruktion und die Dekonstruktion von Geschlecht, die Konstruktion und die Dekonstruktion des Kollektivsubjekts „Frauen“ den Feminismus mit all seinen Facetten beschäftigt und in Atem gehalten hat. Denn wen die feministische Bezugsgruppe umfasst und wen sie ausschließt, das verstand sich nie von selbst und war immer umkämpft. Daher erklärt sich auch, dass die zentrale Grundidee feministischer Theorie und Politik, die besagt, dass Geschlecht nicht als Produkt der Natur sondern als soziale Konstruktion aufgefasst werden sollte, keinen hinreichenden binnenfeministischen Konsens gewährleisten konnte, keinen jedenfalls, der ein Ende der Diskussion um die zentralen Kategorien „Frauen“ und „Geschlecht“ angezeigt hätte. Vielmehr wurden und werden vorgelegte Konzeptionen immer wieder kritisch hinsichtlich

ihrer Schließungen und Totalisierungen befragt und reformuliert – und damit dekonstruiert.⁷

Um auf diese offenbar konstitutive Umkämpftheit der zentralen Begriffe feministischer Theorie und Politik zu reagieren, sollen in einem abschließenden Schritt dieses Textes Perspektiven für einen „neuen“ Feminismus aufgezeigt werden, der sich weder affirmativ auf Frauen und Weiblichkeitsattribute beziehen muss, noch antifeministischer Rhetorik bedarf.

II. Die Trennung von Sex und Gender

Angesichts verbreiteter geschlechteranthropologischer Denkmuster, nach denen sich psychische Merkmale aus physischen Merkmalen ergeben und diese Ableitung zur Proklamation kategorialer, hierarchisch geordneter Geschlechterdifferenzen überhöht worden war, lag es nahe, in einem ersten Schritt feministischer theoretischer Arbeit die Verknüpfung von weiblichem Körper, der zudem auf sein Reproduktionspotenzial reduziert war, und weiblicher gesellschaftlicher Rolle zu hinterfragen. Denn diese Rolle, die zumindest in ihrer traditionellen westlichen, bürgerlichen Variante auf ein Dasein als Ehefrau und Mutter hinauslief, wurde von vielen Frauen als einengend betrachtet und entsprechend hinterfragt. Wegbereiterin für die Entkoppelung von Körper, Charakter und Schicksal in der Geschlechtertheorie des 20. Jahrhunderts war die französische Philosophin Simone de Beauvoir.⁸ In ihrem einflussreichen Werk *Das andere Geschlecht* von 1949 erklärte sie mit Vehemenz und bis heute anhaltendem theoretischem Widerhall:

„Man kommt nicht als Frau zur Welt, man wird es. Keine biologische, psychische oder ökonomische Bestimmung legt die Gestalt fest, die der weibliche Mensch in der Gesellschaft annimmt.“ (Beauvoir 1992: 334)

In Abgrenzung nicht nur gegen Weiblichkeitskonzeptionen aus der Biologie, sondern auch aus der Psychoanalyse und dem historischen Materialismus vertrat Beauvoir die These, dass „die gesamte Zivilisation“, vor allem Erziehung und Sitten, die Gestalt der Frau hervorbringe. Frausein sei etwas Erlerntes. Beauvoir betonte gleichzeitig, dass „die Wörter ‚Frau‘ oder ‚weiblich‘ (...) selbstverständlich (...) kein unveränderliches Wesen“ bezeichnen (ebd. 333). Das Entscheidende an Beauvoirs Konzeption von Weiblichkeit war somit, dass sie diese



als sozial konstruiert und veränderbar beschrieb anstatt als biologisch fundiert und starr. Damit legte sie den Grundstein für ein Verständnis von Geschlecht, das auf der internen Unterscheidung basiert zwischen dem biologischen oder körperlichen Geschlecht einerseits und dem sozialen Geschlecht, der gesellschaftlichen Rolle bzw. Normen andererseits, wobei zwischen beiden kein ursächlicher, notwendiger Zusammenhang unterstellt wird, und vor allem das soziale Geschlecht nicht aus dem biologischen abgeleitet wird. Dieses Verständnis, nach dem die Biologie eben *nicht* das Schicksal einer Person bestimmt, prägt feministische Theorien und Geschlechterpolitik bis heute.

Heute sprechen wir von diesem Zusammenhang allerdings meist mit Hilfe der ursprünglich englischen Begriffe *Sex* (biologisches Geschlecht), und *Gender* (soziales Geschlecht). Der Begriff *Gender* stammt aus der Grammatik und beschreibt dort das grammatische Geschlecht. Da sich die Übersetzung von *Gender* durch *Genus* in der deutschsprachigen Geschlechterforschung trotz mehrerer entsprechender Versuche (vgl. z.B. Ilich 1995) nie durchgesetzt hat, haben sich „Sex“ und „Gender“ mittlerweile auch hierzulande als Fachtermini etabliert. Eingeführt in die feministischen Geistes- und Sozialwissenschaften wurden die beiden Begriffe samt ihrer Unterscheidung von der Soziologin Ann Oakley, die 1972 ein Buch mit dem Titel *Sex, Gender and Society* veröffentlichte, in dem sie Sex und Gender klar differenziert. Sex ist ihrer Definition nach „ein Begriff, der sich auf die biologischen Differenzen zwischen männlich und weiblich bezieht: den sichtbaren Unterschied der Genitalien, den damit verbundenen Unterschied hinsichtlich der Fortpflanzungsfunktionen.“ Gender hingegen fasst sie als „kulturelle Angelegenheit: es bezieht sich auf die soziale Klassifikation als ‚maskulin‘ oder ‚feminin‘“ (Oakley 1972: 16, Übers. IK). Wie schon Beauvoir ging es Oakley darum, entgegen traditionellen Psycho-Physiologien die Veränderbarkeit von Gender zu betonen und zu begründen; die Konstanz von Sex setzte sie dabei voraus. Ihre zentralen Argumente bezog sie sowohl aus der Ethnologie als auch aus der damals boomenden Intersexualitätsforschung. Unter Rückgriff auf ethnologische Untersuchungen argumentierte sie, dass zwar jede Kultur das biologische Geschlecht als Basis für kulturelle Geschlechtsaskriptionen verwende, dass diese jedoch sehr deutlich variierten. Ein ursächlicher Zusammenhang zwischen einem spezifischen Körper und einer spezifischen Geschlechtsidentität sei daher

unplausibel (vgl. ebd.: 158). Und mit Bezug auf Befunde aus der psychoanalytischen und endokrinologischen Intersexualitätsforschung, die in den 50er und 60er Jahren an US-amerikanischen Universitäten aufgeblüht war, argumentierte Oakley:

„Ein Mann oder eine Frau zu sein, ein Junge oder ein Mädchen, ist ebenso eine Funktion von Kleidung, Gebärden, Beschäftigung, sozialen Beziehungen und Persönlichkeit wie des Besitzes spezifischer Genitalien.“ (ebd.: 158, Übers. IK)

Und weiter:

„Das maskuline Kind ohne Penis, die feminine Person im männlichen Körper, die geht, ‚ihre‘ Beine übereinander schlägt und ‚ihre‘ Nase putzt wie eine Frau, die einfach chromosomale geschlechtslose Person, die unablässig vom Kinderkriegen träumt (...) – sie alle zeigen, dass Geschlechtsidentität eine unabhängige kulturelle Variable ist.“ (ebd.: 165, Übers. IK)

John Money und John und Joan Hampson, auf die Oakley sich u.a. bezog, hatten in ihren Studien mit Intersexuellen, das heißt Menschen, deren Geschlecht bei der Geburt nicht eindeutig als männlich oder weiblich bestimmbar ist, festgestellt, dass in 95 Prozent aller Fälle diejenige Geschlechtsidentität ausgeprägt wird, die durch die Erziehung nahegelegt wird – selbst in Fällen, in denen sie nicht mit der Chromosomenkonstellation oder anderen biologischen Faktoren korrespondierte. Die Studien basierten auf deutlich dualisierten – ja man könnte sagen quasi-naturalisierten – Vorstellungen „normaler“ männlicher und weiblicher Geschlechtsidentitäten und sind deshalb nicht unproblematisch. Und insbesondere die mit ihnen einhergehenden sozialen Experimente, die letztlich auf die geschlechtliche Normalisierung intersexuell geborener Kinder⁹ als *entweder* männlich *oder* weiblich hinausliefen, sind kritikabel und entsprechend beanstandet worden (vgl. z.B. Dietze 2006; Klöppel 2005).

Oakley immerhin ist zugute zu halten, dass sie sich auf diese Arbeiten vor allem deshalb bezog, weil sie ihr – auf dem Forschungsstand jener Zeit – Argumente für die Vorrangigkeit der Geschlechtssozialisation im Verhältnis zur Biologie an die Hand gaben, Argumente also für die Vorrangigkeit von *nurture vor nature*. Damit konnte sie die Ableitung der Geschlechtsidentität aus



der geschlechtlichen Konstitution spezifischer Körper zurückweisen – und Gender von Sex entkoppeln.

Eine zweite wichtige Quelle für die Durchsetzung der Sex/Gender-Terminologie in der Geschlechterforschung war der erstmals 1975 erschienene Aufsatz *Frauentausch. Zur ‚politischen Ökonomie‘ von Geschlecht* der Anthropologin Gayle Rubin. In kritischer Auseinandersetzung mit zentralen Referenzautoren aus struktureller Anthropologie (Claude Lévi-Strauss) und Psychoanalyse (Sigmund Freud), Autoren also, die Fragen der Verwandtschaft – und damit der Organisation von Sexualität und Lebensformen – sowie der geschlechtlichen Persönlichkeitsentwicklung thematisieren, ging Rubin hier der Frage nach, wie die Verhältnisse zu beschreiben seien, unter denen „Frauen zu unterdrückten Frauen werden“ (Rubin 2006: 70). Zur Bezeichnung jener Verhältnisse führte Rubin den Begriff „Sex/Gender-System“ ein – „einen Satz von Ordnungen, nach denen das biologische Rohmaterial von Sex und Fortpflanzung durch soziale Intervention zu Gender geformt und nach bestimmten Regeln befriedigt wird, unabhängig davon, wie bizarr manche dieser Regeln sein mögen“ (ebd.: 76). Zu den zentralen Elementen dieses Systems gehören Regeln über legitime sexuelle Beziehungen, Regeln über Wohn- und Wirtschaftsformen sowie über Familienorganisation, Versorgung und Vererbung.

Rubin war wichtig, dass es sich bei dem „Sex/Gender-System“ – anders als beispielsweise bei dem Konzept „Patriarchat“ – um ein nichtnormatives, ein neutrales Konstrukt handelt, ein Konstrukt, bei dem Unterdrückung bzw. Geschlechterhierarchien nicht als unausweichlich veranschlagt, sondern als Produkt spezifischer gesellschaftlicher Verhältnisse verstanden werden können, und damit als veränderbar (vgl. ebd.: 78; 109). Richtungsweisend an ihrem Ansatz war außerdem, dass sie Heterosexismus bereits als integralen Bestandteil von Sexismus verstand, Heteronormativität also als Bestandteil eines um Reproduktionsfunktionen organisierten Geschlechterdualismus begriff, oder, ihrer eigenen Terminologie folgend, die „politische Unterdrückung von Homosexuellen“ als „Produkt desselben Systems“ beschrieb, „dessen Regeln und Verhältnisse Frauen unterdrücken“ (vgl. ebd.: 89). Denn auf einer allgemeinen Ebene, so Rubin im Anschluss an die Verwandtschaftsanalysen von Lévi-Strauss, basiere die soziale Organisation von Sex auf „Gender, obligatorischer Heterosexualität und den Beschränkungen weiblicher Sexualität“ (ebd. 88).

Hinsichtlich der empirischen Diagnosekraft ihrer Konzeption unterstrich Rubin, dass das Sex/Gender-System, das einst der sozialen Organisation von Gesellschaften in einem weiten Sinne gedient hatte, in der posttraditionalen Gegenwart bloß noch sich selbst organisierte und reproduzierte. Habe Verwandtschaft einst politische, ökonomische, erzieherische und organisatorische Funktionen gehabt, sei sie nun „auf ihre Knochen reduziert: Sex und Gender“ (ebd. 106). Aufgabe des Feminismus sei vor diesem Hintergrund eine Revolution von Verwandtschaft bzw. eine politische Reorganisation des Sex/Gender-Systems (vgl. ebd. 105; 109). Folgt man Rubin, hätte eine solche feministische Revolution äußerst weitreichende Folgen. Denn sie würde längst nicht „nur“ Frauen befreien. Sie würde zudem „alle sexuellen Ausdrucksformen befreien, und die menschliche Persönlichkeit aus der Zwangsjacke von Gender lösen“ (ebd. 106).

III. Die Debatte um Gleichheit oder Differenz

Spätestens Mitte der 1970er Jahre gehörte es zum geschlechtertheoretischen Grundwissen, Weiblichkeit und Männlichkeit als soziale Kategorien zu begreifen. Feministinnen lehnten die Frauen zugeschriebenen Gendernormen oft ab; zumindest kritisierten sie einhellig den hierarchischen Dualismus, der das Verhältnis gängiger Bestimmungen von Femininität und Maskulinität charakterisierte. Hinsichtlich alles Weiteren jedoch konkurrierten und konkurrieren die unterschiedlichsten theoretischen und politischen Positionen. Strittig ist z.B. bis heute die an die Kritik gängiger Geschlechternormen anschließende Frage geblieben, ob das männlich kodierte Modell Frauen eine gangbare und überdies attraktive Alternative zu bieten vermag und Feministinnen sich daher für die lang verzögerte Vollendung seiner Universalisierung einsetzen sollten. Damit steht gleichzeitig in Frage, ob gängige Weiblichkeitsattribute inhaltlich abzulehnen sind oder nicht vielmehr affirmiert und hinsichtlich ihrer gesellschaftspolitischen Relevanz soweit wie möglich aufgewertet werden sollten.

Neben dem Streitpunkt, wie die bestgeeignete feministische Haltung zu gängigen Geschlechts- und vor allem Weiblichkeitszuschreibungen aussehen sollte, hat die Trennung von Sex und Gender außerdem eine analytisch-theoretische Frage provoziert: Die Frage



nämlich, wie die Herausbildung und Aufrechterhaltung der nicht nur differenten, sondern zudem dualen und hierarchisch angeordneten herrschenden Gendernormen erklärt werden kann, bzw. welche Faktoren und welche Mechanismen es sind, die bei der Konstruktion des sozialen Geschlechts eine Rolle spielen. Auch hinsichtlich dieser Frage konkurrieren bis heute die unterschiedlichsten Ansätze; Gayle Rubins Vorschlag, in diesem Zusammenhang von einem Sex/Gender-System zu sprechen, ist weder der einzige noch der letzte Antwortversuch geblieben. Die Unterschiede der hier konkurrierenden Positionen spiegeln nicht nur die jeweilige Verortung der an der Debatte beteiligten Theoretiker/innen in verschiedenen akademischen und theoretischen Traditionen wider. Zudem lassen sie sich in den meisten Fällen einer der beiden Grundpositionen zuordnen, die auch hinsichtlich der Fragen nach dem adäquaten Umgang mit gegebenen Gendernormen die Debatte dominieren: Dem Gleichheitsfeminismus und dem Differenzfeminismus.¹⁰ Im Folgenden sollen zentrale Merkmale dieser beiden Positionen samt ihrer internen Ausdifferenzierungen sowie ihrer wichtigsten Unterschiede überblicksartig skizziert werden. Dass dabei Vereinfachungen nicht ausbleiben können, und das einzelne Theoretikerinnen und Praktikerinnen Ansätze ausgearbeitet haben, die quer liegen zur Unterscheidung von Gleichheit und Differenz oder auch ihrer Unterkategorien, liegt in der Natur von heuristischen Einteilungsvorschlägen, zu denen auch die Unterscheidung von Gleichheits- und Differenzansätzen gehört; dass der Nutzen solcher Unterscheidungen also immer bloß begrenzt sein kann, sollten sie jedoch nicht generell in Frage stellen.

Gleichheitsfeminismus

Vertreter/innen der Gleichheitsposition treten unter Rekurs auf universalistische Prinzipien für Chancengleichheit und Gleichberechtigung ein. Vor diesem Hintergrund kritisieren sie die Strukturierung von Gesellschaften anhand dualistischer Vorstellungen von Männlichkeit und Weiblichkeit. Denn derartige Strukturierungen führten dazu, dass nach wie vor und trotz weitgehender rechtlicher Gleichstellung die Öffentlichkeit sowie der Arbeitsmarkt überwiegend von Männern geprägte Sphären sind, in denen Frauen numerisch unterrepräsentiert und tendenziell benachteiligt sind. In der staatlich weit weniger regulierten Sphäre des Privaten

hingegen obliege Frauen die Hauptlast der Reproduktion, was ebenfalls eine Benachteiligung darstellt. Institutionelle Arrangements, die diese Problemsicht stützen, sind Lohnungleichheiten, die Zuweisung nicht oder bloß schlecht bezahlter Haushaltsarbeit an Frauen, das am männlichen Familienernährer orientierte Normalarbeitsverhältnis sowie steuerliche Bestimmungen wie das Ehegattensplitting. Außerdem untermauern u.a. männerbündische Strukturen und eine unzureichende öffentliche Bereitstellung von Betreuungseinrichtungen diese Diagnose.

Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen Geschlechternormen und empirische Unterschiede hinsichtlich der geschlechtlichen Identitäten von Männern und Frauen werden von Gleichheitstheoretiker/innen problematisiert und auf das gesellschaftliche Organisationsmodell und seine subjektivierenden Wirkungen zurückgeführt. Hier konkurrieren unterschiedliche Erklärungsansätze, die sich grob auf drei Richtungen verteilen lassen. *Liberale* Feministinnen führen als Ursache der Reproduktion unterschiedlicher Geschlechternormen vor allem die institutionell geronnene Geschlechterdichotomie an; ihr zentrales Anliegen ist jedoch viel eher die von universalistischen Gerechtigkeitsprinzipien geleitete Kritik und Bekämpfung geschlechtlicher Diskriminierungen als Ursachenforschung in Sachen Geschlechternormierung, weshalb sich zu dieser Frage in ihren Texten auch vergleichsweise wenig findet. Die weiter gehenden *marxistischen*, *materialistischen* bzw. *sozialistischen* Feministinnen führen unterschiedliche Genderpositionen auf die sozioökonomische Struktur, insbesondere die geschlechtliche Arbeitsteilung in marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaften zurück (vgl. z.B. Haug 2004). *Radikale* Feministinnen schließlich führen meist die Ausbeutung von Sexualität an, genauer die patriarchale Kontrolle des weiblichen Körpers als Reproduktionsmittel und Lustobjekt sowie eine Sozialisation, die den Erfordernissen dieser Ausbeutung und Kontrolle gerecht wird (vgl. z.B. MacKinnon 1989).¹¹

Differenzfeminismus

Differenztheoretikerinnen hingegen beziehen sich affirmativ auf weiblich konnotierte Eigenschaften, die sie entweder als den männlichen gleichwertig oder aber als ihnen überlegen betrachten. Weiblichkeit wird



entweder als eindeutige Bereicherung für alle Sphären einer feministisch restrukturierten Gesellschaft angesehen, oder aber, in einer anderen Variante, als Grundlage einer autonomen weiblichen Subjektivität, die in separaten Fraueninstitutionen ihre Wirkungen entfalten soll. Auch die strikte Quotierung legislativer Ämter wird z.T. unter Hinweis auf Geschlechterdifferenzen und die Notwendigkeit einer hinreichenden Repräsentation von Männern *und* Frauen befürwortet (vgl. z.B. Agacinski 1998). Der Differenzfeminismus setzt also Geschlechterdifferenzen auf einer anthropologischen oder zumindest identitären Ebene voraus. Die Gleichberechtigung, für die Differenzfeministinnen streiten, ist daher eine „Gleichheit in der Differenz“ bzw. Gleichheit *durch Anerkennung* von Differenzen. Von gleichheitsfeministischen Gleichberechtigungsforderungen unterscheiden sich jene der Differenzfeministinnen dadurch, dass erstere Geschlechterdifferenzen durch politische Maßnahmen zu entpolitisieren, d.h. in politischer Hinsicht zu minimieren hoffen, während letztere institutionelle Arrangements fordern, welche die als grundlegend erachtete Geschlechterdifferenz in gerechte Bahnen zu lenken vermögen.¹²

Auch unter den Differenztheoretikerinnen konkurrieren unterschiedliche Erklärungsmuster für die Herausbildung der verschiedenen Geschlechtsidentitäten. Fürsorge-Ethikerinnen führen unterschiedliche Erfahrungen von Jungen und Mädchen an, um eine spezifisch weibliche Moralentwicklung von der männlichen zu unterscheiden (vgl. Gilligan 1984). Anhängerinnen der Psychoanalyse konzentrieren sich insbesondere auf die frühkindliche Entwicklung; wobei es Objektbeziehungstheoretikerinnen vor allem darauf ankommt, wie die Erziehung von Kleinkindern organisiert wird und wofür deren Bezugspersonen sind (vgl. Chodorow 1985), während lacanianische Strukturalistinnen in Sprache und symbolischer Ordnung einen zentralen Faktor für die Entwicklung von Geschlechtsidentitäten ausmachen. Gynozentrische Differenztheoretikerinnen schließlich identifizieren im weiblichen Körper, insbesondere der Gebärfähigkeit, und in mütterlichen Tätigkeiten die Grundlage einer spezifisch weiblichen Kultur bzw. Identität (vgl. Daly 1991).¹³

Differenzfeministinnen geht es also weniger darum, gesellschaftlich wirksame Weiblichkeitsbestimmungen abzuschütteln, als darum, Weiblichkeit autonom zu reformulieren und diesem neuen Konzept zu gesellschaft-

licher Relevanz zu verhelfen. Teilweise werden im Zuge dieses Unterfangens Eigenschaften als originär weiblich reklamiert, deren weibliche Kodierung von Gleichheitsfeministinnen bewusst abgelehnt und bekämpft wird – beispielsweise eine besondere Affinität von Frauen zur Natur. Und in einigen Fällen begründen Differenzfeministinnen ihre Normen von Weiblichkeit nicht lediglich kulturell, sondern biologisch. Gleichheitstheoretikerinnen werfen ihnen aus diesem Grund Essentialismus und biologischen Determinismus vor. Sie befürchten, dass Differenzfeminismus hinter die Errungenschaft der Sex-Gender-Trennung zurückfällt; und in der Tat sind die Differenzansätze unter den feministischen Positionen diejenigen, die am wenigsten gefeiert sind vor Vereinahmung durch konservative Kräfte.

Differenztheoretikerinnen wiederum kritisieren Gleichheitsfeministinnen – vor allem die liberalen unter ihnen – dafür, dem männlichen Modell nachzueifern. Diese Kritik wird in verschiedenen Varianten formuliert. Zum einen lehnen Differenzfeministinnen allgemeine, universalistische Denk- und Lebensmodelle, denen sie zumeist eine androzentrische Struktur, eine Orientierung an männlich kodierten Eigenschaften und Normalbiographien nachweisen können, wegen ihrer Einseitigkeit ab, die der menschlichen Zweigeschlechtlichkeit nicht gerecht werde. Auf einer anderen Ebene angesiedelt ist das eher politik-strategische Argument, dass die Hierarchisierung männlich und weiblich konnotierter Merkmale lediglich durch eine zumindest temporäre Weiblichkeitsaffirmation aufgebrochen werden könne, nicht jedoch durch eine Geschlechtlichkeitsnegation; und dass daher Differenzansätze das politische Gebot der Stunde seien. Schließlich argumentieren friedensaktivistische und ökofeministische Vertreterinnen von Differenzansätzen, dass uns gerade Attribute traditioneller Weiblichkeit – wie Fürsorge, Naturverbundenheit, Friedfertigkeit und Übung in Kooperation statt Konkurrenz –, die Chance böten, unsere Welt vor kriegerischer Zerstörung und dem ökologischen Kollaps zu bewahren.¹⁴

IV. Intersektionalität und die Pluralisierung von Gender

Differenz- und Gleichheitsansätze ähneln sich darin, dass sie von der Vorstellung einer weitgehend einheitlichen weiblichen Geschlechtsidentität beziehungsweise



von großteils einheitlichen weiblichen Gendernormen ausgehen. Bereits Ende der 1970er, Anfang der 80er Jahre regte sich gegen diese Verallgemeinerungen Protest. Neben lesbischen Feministinnen, die an gängigen Genderkonzeptionen deren Heteronormativität beanstandeten (vgl. z.B. Hark 1987; Wittig 1992), kritisierten Aktivistinnen und Theoretikerinnen aus minorisierten „rassischen“ und ethnischen Gruppen – v.a. Afro-Amerikanerinnen und Latinas in den USA, sowie Afro-Deutsche und Migrantinnen in Deutschland – die „allgemeinen“ Gendertheorien als Reflexionen einer weißen und/oder inländischen Mittelschichtposition, in denen sie ihre eigenen Lebensbedingungen nicht miterfasst sahen.¹⁵ In diesem Zusammenhang kritisierten sie auch das exklusive Interesse vieler feministischer Theoretikerinnen an der Kategorie Geschlecht. Die Isolation des geschlechtlichen Aspekts von Normen und Identität blende aus – so die Kritik –, dass Geschlechternormen und Geschlechtsidentität mit anderen Aspekten wie der ethnischen Zugehörigkeit und der sozialen Position eng verwoben sind – eine Einsicht, die seit ein paar Jahren zunehmend unter dem Label „Intersektionalität“ verhandelt wird. Da bezogen auf diese Aspekte auch *zwischen* Frauen beträchtliche Unterschiede bestehen, müsse man männliche und weibliche Genderpositionen intern differenzieren. Die Historikerin Elsa Barkley Brown erklärte dazu programmatisch:

„Wir müssen anerkennen, dass Frausein sich nicht vom Kontext, in dem man eine Frau ist, isolieren lässt – und dieser Kontext ist bestimmt durch ‚Rasse‘, Klasse, Zeit und Ort. Wir müssen anerkennen, dass nicht alle Frauen dasselbe Geschlecht – Gender – haben.“ (Barkley Brown 1995: 43, Übers. IK)

Afro-amerikanische Feministinnen machten darüber hinaus deutlich, dass ihnen ihre weißen feministischen ‚Schwestern‘ nicht notwendig näher stünden als ihre schwarzen ‚Brüder‘. In diesem Zusammenhang wurde der *Sisterhood*-Begriff, der für grenzüberschreitende weibliche Solidarität steht, einer Revision unterzogen und als problematische Vereinnahmungsstrategie angeprangert. Den machtdurchwirkten Differenzen zwischen Frauen – so die Kritik – werde eine einheitliche, auf alle Frauen bezogene und höchstens graduelle Unterschiede vorsehende weibliche Genderkategorie nicht gerecht.¹⁶

Und auch in der Bundesrepublik gibt es seit geraumer Zeit Diskussionen um die Einsicht, dass eine feministische Gesellschaftstheorie die unterschiedlichsten Subgruppen von Frauen mit ihren je spezifischen Problemen in den Blick nehmen sollte – auch hier ist die Pluralisierung der Geschlechterkategorien seit längerem Thema.¹⁷ Zu den ersten Positionen, die hinsichtlich von Fragen der Staatsbürgerschaft und Ethnizität mit Resonanz veröffentlicht wurden, gehört das Manifest *Wir Seiltänzerinnen* (FeMigra 1994) der Anfang der 1990er Jahre gegründeten Gruppe FeMigra (Feministische Migrantinnen, Frankfurt). Der Text ist eine scharfe Kritik am westdeutschen Mainstream-Feminismus; inhaltlich läuft die zentrale Forderung darauf hinaus, dass die deutsche Einwanderungsgeschichte und -politik zu einem zentralen Aspekt linker feministischer Politik werden müsse. In diesem Zusammenhang thematisieren die Autorinnen diverse Aspekte. Zunächst diagnostizieren und kritisieren sie eine Kulturalisierung sozialer Unterschiede. Migrantinnen würde der Status der Anderen, der Fremden zugeschrieben, der wiederum Entindividualisierung, gesellschaftliche Ausgrenzung sowie Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt nach sich zöge bzw. bestärke. Gesellschaftliche Probleme würden ethnisiert; außerdem sei eine Ökonomisierung des Multikulturalismus zu beobachten. Ein weiterer Aspekt ist die enge Verbindung zwischen deutschem Nachkriegs-rassismus und Nationalismus; in diesem Zusammenhang verweisen die Autorinnen insbesondere auf die Niederschläge dieser Verbindung im restriktiven, damals noch vollständig dem *ius sanguinis* verpflichteten Staatsbürgerschaftsrecht. Explizit an die Adresse der Frauenbewegung gerichtet fordern die FeMigra-Autorinnen einen Feminismus, der sich nicht damit begnügt, männliche Vorherrschaft zu bekämpfen. Über diese selbstgesteckte Aufgabe hinausgehend und im Eingeständnis bestehender Differenzen und Hierarchien zwischen Frauen solle er zudem Migrantinnen einen Raum für das Ansprechen ihrer Betroffenheit zuerkennen und gleichzeitig die Privilegien deutscher Frauen hinterfragen (vgl. FeMigra 1994).

Ein anderes, noch früheres Beispiel für die Pluralisierung weiblicher Subjektpositionen im Zusammenhang von Fragen der Herkunft ist das erstmals im Jahre 1986 veröffentlichte Buch *Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte* (Oguntoye/Opitz/Schultz 1992). Mit diesem Band wurde nicht nur der Begriff „afro-deutsch“ geprägt und eine afrodeutsche



Geschichtsschreibung in Angriff genommen. Er versammelt zudem eine Vielzahl persönlicher Berichte afrodeutscher Frauen. Diese Sammlung legt nahe, dass die permanente Sichtbarkeit, die Unmöglichkeit, untertauchen zu können, dass *im Regelfall* als *Ausnahme* wahrgenommen zu werden eine der zentralen Erfahrungen afro-deutscher Frauen darstellt (vgl. u.a. 157, 170, 173). Zum Problem wird dieser Status den Berichten zufolge insbesondere aufgrund der auch von FeMigra thematisierten völkischen Tradition im bundesdeutschen Nationalverständnis, das die Existenz schwarzer Deutscher nicht vorsieht. In persönlichen Interaktionen wurde den Autorinnen wiederholt das Deutsch-Sein abgesprochen, sie wurden exotisiert und zu Ausländerinnen erklärt.

Obwohl in dem Buch ausschließlich Frauen zu Wort kommen, hat in der überwiegenden Zahl der Beiträge die Thematisierung von Erfahrungen des Schwarz-Seins einen weitaus gewichtigeren Stellenwert als die Thematisierung von Erfahrungen des Frau-Seins. *Farbe bekennen* ist eher ein Buch über Alltagsrassismus – so auch der Klappentext – denn ein dezidiert feministisches Buch. Wie auch der Text von FeMigra trägt es dadurch jedoch zu einer Rezentrierung feministischer Anliegen bei. Denn wenn Feminismus verstanden wird als ein Projekt, das sich gegen Diskriminierungen und Benachteiligungen wendet, denen Frauen ausgesetzt sind, hieße das für einen deutschen Feminismus, dass er die spezifischen Probleme von Migrantinnen und afrodeutschen Frauen nicht außer acht lassen darf, und zwar auch dann nicht, wenn sie *nicht* als explizite „Frauen-Probleme“ formuliert sind; und es hieße, dass er aus diesem Grund u.a. das exklusive Staatsbürgerrecht sowie Alltagsrassismen im Blick haben muss.

Mit diesen Einwänden ist „Gender“ als potentiell jeweils alle Frauen bzw. Männer einende Kategorie stark in Frage gestellt. Da aber lediglich Gender und nicht auch Sex pluralisiert wird, verbleiben diese Ansätze im Modell der Zweigeschlechtlichkeit – den beiden konstanten biologischen Positionen (Sex) werden nun lediglich unterschiedlichste soziale Positionen (Gender) zugeordnet. Die Revision der Kategorie Geschlecht, die diese Pluralisierung von Gender bedeutet, ist daher in ihrer Reichweite begrenzt. Probleme, die aus dem feministischen Rekurs auf „Sex“ als Kategorie der biologischen, natürlichen Zweigeschlechtlichkeit resultieren, das Problem z.B. des Ausschlusses von Intersexualität, aber auch das Problem der biologischen Fundierung

(vgl. Nicholson 1994: 188) gängiger Auffassungen von Gender, sind durch diese Revision nicht zu lösen. Eine in dieser Hinsicht noch weitergehende Kritik und die Suche nach geschlechtertheoretischen Alternativen zur Sex/Gender-Unterscheidung drängten sich daher geradezu auf.

V. Die Entnaturalisierung von Sex

Judith Butler hat sich wie keine andere Theoretikerin einen Namen dafür gemacht, die feministische Kritik an der Normierung von Geschlecht auf Zweigeschlechtlichkeit und Heteronormativität auszudehnen. Pluralisierte Gender-Konzeptionen und die Idee der Intersektionalität, der Verwobenheit unterschiedlicher Differenzkategorien, macht sie dabei zum *Ausgangspunkt* ihrer Ausführungen.¹⁸ So erklärte sie beispielsweise in einem für das deutschsprachige Publikum verfassten Text Anfang der 1990er Jahre:

„Die Frauen, die der Feminismus erreichen will, identifizieren sich möglicherweise nicht in erster Linie als Frauen oder sie unterhalten vielfältige und widerstreitende Identifikationen – als Türkinnen oder Deutsche oder Jüdinnen. Wenn der Feminismus bei den Erfahrungen der Frauen Allgemeinheit unterstellen und vom fundierenden Status ‚der Frauen‘ ausgehen würde, wenn er eine Körpererfahrung geltend machen würde – als wäre diese nicht kulturell spezifisch –, falls er darauf beharren sollte, dass das Geschlecht wichtiger sei als ethnische oder religiöse Zugehörigkeiten, dann wäre das ein Fehler. Es ist wichtig, für eine Bewegung zu kämpfen, die sich aus der kulturellen Vielfalt der Frauen speist und sich über Kulturgrenzen hinweg offen hält, ganz besonders jetzt, wo der Staat zugleich gegen Frauen (in der jüngsten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gegen Abtreibung) und gegen Flüchtlinge (durch die Schließung der Grenzen und das Wegsehen bei rassistischen Gewalttaten) aktiv wird.“ (Butler 1993)

Auf dieser Grundlage nun erweitert Butler den bis dato etablierten geschlechterkritischen und -politischen Gegenstandsbereich auf entscheidende Weise. Denn zusätzlich zu Normen der Weiblichkeit und der Männlichkeit kritisiert Butler dreierlei. Erstens jene Mechanismen, die das Begehren regulieren – indem sie Heterosexualität als Norm ausweisen, als solche na-



turalisieren und damit privilegieren. Zweitens wendet sie sich mit ihrer Kritik der Zweigeschlechtlichkeit eindeutig gegen die in den meisten Gesellschaften kompromisslos gehandhabte Einteilung von Menschen in Männer und Frauen.¹⁹ Drittens schließlich lehnt sie damit gängige Naturalisierungsweisen von Sex entschieden ab – und damit auch jene, die der feministischen Sex/Gender-Unterscheidung inhärent ist. Dass sie aus diesem Grund die Sex/Gender-Unterscheidung als analytisches Instrumentarium grundsätzlich problematisieren und zurückweisen muss, liegt auf der Hand – und dass sie sich damit nicht nur Freundinnen gemacht hat, wohl ebenso.²⁰

In ihrem 1990 erschienenen Buch *Gender Trouble* vertritt Butler nun die These, zwischen der Naturalisierung der Zweigeschlechtlichkeit, einheitlichen und gleichzeitig binär konstellierte Konzepten von Männlichkeit und Weiblichkeit sowie Heteronormativität bzw. „Zwangsheterosexualität“²¹ bestehe ein Zusammenhang: eine „Zwangsordnung von Sex, Gender und Begehren“ (vgl. Butler 1990: 6). Damit legt sie die *Verkettung* verschiedener Aspekte normalisierter Geschlechtlichkeit nahe. Als „normal“, da als natürlich, der Reproduktion dienlich erachtet werde die Verbindung zwischen einem „eindeutigen“ weiblichen bzw. männlichen Körper (Sex) mit damit harmonisierenden weiblichen bzw. männlichen Persönlichkeitsmerkmalen und Verhaltensmustern (Gender) sowie mit heterosexuellem, auf das „komplementäre“ Geschlecht gerichtetem Begehren. Alle Abweichungen von dieser Kette erschienen hingegen als anormal, als widernatürlich (vgl. ebd.: 17, 151).

Wenn sie auf diese Weise eine *Zwangsordnung* von Sex, Gender und Begehren unterstellt, wendet sich Butler gegen die Vorstellung, bei dieser Trias hätte man es mit etwas Natürlichem zu tun. Wie schon der Feminismus seit Beauvoir geht sie davon aus, dass Geschlechternormen im Zusammenhang diskursiver und institutioneller Praktiken herausgebildet werden – nur dass sie sich hierbei nicht auf die Kategorien Männlichkeit und Weiblichkeit beschränkt, sondern zudem erstens deren duale Anordnung, und zweitens Heteronormativität mit einbezieht. Heteronormativität erscheint nach Butlers Lesart dann nicht als Ausdruck des ursprünglichen, natürlichen menschlichen sexuellen Begehrens, sondern als Aspekt und Effekt institutioneller Arrangements, die eine heterosexuelle Lebensweise privilegieren. Und

auch die Annahme, bei der Einteilung der Menschen in Geschlechtsgruppen dränge sich Zweigeschlechtlichkeit natürlicherweise auf, beschreibt Butler als Effekt von Machtwirkungen.

Während also die Sex-Gender-Unterscheidung der Entbiologisierung von Gender diene, geht Butler einen Schritt weiter und entbiologisiert bzw. entnaturalisiert auch Sex. Dabei ist sie weit davon entfernt, anatomische Unterschiede oder die Materialität von Körpern leugnen zu wollen. Sie verfiert vielmehr die These, dass neben Gender auch Aspekte von Körperlichkeit und Begehren, die gemeinhin der Biologie zugeschrieben werden und die daher als natürlich gelten, soziale Ursachen haben. Darunter fallen in erster Linie die uns natürlich erscheinende Einteilung der Menschen in zwei Kategorien, in Männer und Frauen, sowie die Privilegierung von Heterosexualität als „normales“ – da potentiell der Reproduktion dienliches – sexuelles Verhalten und die Diskriminierung von Homo-, Bi-, und Transsexualität als abnormal und widernatürlich. Indem sie also auch zentrale Komponenten von Sex, dem vermeintlich biologischen, vorsozialen Aspekt von Geschlecht, als sozial konstruiert beschreibt, weist Butler die gängige Sex-Gender-Unterscheidung zurück. Stattdessen verschiebt sie die Kategorie Gender und erweitert sie um jene Machtwirkungen, die der Vorstellung biologisch bedingter Geschlechtlichkeit überhaupt erst zur Dominanz verhelfen. Auch die Konstruktion von Sex als vorsozialer Kategorie kann dann als Effekt von Gender beschrieben werden. Mitnichten herrscht nämlich Einstimmigkeit darüber, wie „Sex“ bestimmt werden soll – ob beispielsweise anatomische, chromosomale oder hormonale Aspekte im Vordergrund stehen (vgl. ebd.: 23).²²

Der erweiterte Begriff von Gender, den Butler durch ihre Argumentation erhält, umfasst eine psychische und eine morphologische Dimension, die nicht klar zu trennen sind.²³ Butler beschreibt Geschlecht als „zwingende, ständige Wiederholung kultureller Konventionen am Körper und durch den Körper, die man *niemals* gewählt hat“ (Butler 1993). *Wie* diese Wiederholung vor sich geht, sei jedoch teilweise offen. Geschlecht ist diesem Verständnis nach performativ. Das heißt unter anderem, dass die geschlechtlichen Normierungen, denen jeder Mensch ausgesetzt ist, niemals enden. Anders als die Sozialisationstheorie beruht die Performativitätstheorie von Geschlecht auf der Annahme, dass



Vergeschlechtlichung ein unabschließbarer Prozess ist, ein Prozess, der daher keinesfalls mit Erreichen eines bestimmten Lebensabschnitts als abgeschlossen gelten kann. Vielmehr sei jeder Mensch ständig gezwungen, sich zu den Geschlechternormen, die ihn betreffen, zu verhalten, als vergeschlechtlichte Person zu agieren.²⁴ Butlers Perspektive unterstützt damit nicht nur die Revision oder Destabilisierung der gegenwärtig hegemonialen Geschlechterkategorien – und damit auch von Heteronormativität und Zweigeschlechtlichkeit –, sondern eine Destabilisierung geschlechtlicher Kategorisierungen überhaupt.

Zusammengenommen ergeben sich aus dieser Position mindestens drei Implikationen – und zwar Implikationen, die vormalig dominante Ansätze der Frauen- und Geschlechterpolitik nachdrücklich in Frage stellen.

Erstens verweist die Entnormalisierung von Zweigeschlechtlichkeit und Heterosexualität darauf, dass es auch andere Einteilungen geben könnte als die heute vorherrschenden. Möglich wäre z.B. eine Ordnung, die mehr als zwei fixierte Geschlechter vorsieht. Beispiele für Geschlechterordnungen mit drei Genusgruppen gibt es viele; in Indien z.B. existiert als drittes Geschlecht die Kategorie der *Hijras*, im süd-mexikanischen Juchitán kennt man als drittes Geschlecht die *Muxes*, und in der Bundesrepublik kämpfen Intersexuelle für ihre juristische Anerkennung, also gegen den Zwang, nicht nur gesellschaftlich, sondern auch rechtlich als Männer oder Frauen kategorisiert sein zu müssen. Außerdem sind verschiedene Ordnungen bekannt, die Geschlechtswechsel im Laufe des Lebens erlauben – zum Beispiel die *Berdache* im indigenen Nordamerika und weibliche Ehemänner in Afrika (vgl. Schröter 2002). Und auch bezüglich sexueller Präferenzen wären andere Unterscheidungen als die zwischen Hetero- und Homosexualität möglich. Einem Vorschlag von Gesa Lindemann folgend könnte man alternativ Frauen- und Männerliebende differenzieren (1993: 41), also u.a. gynosexuelles und androsexuelles Begehren unterscheiden. Butler selbst formuliert als Zielperspektive eher die Überwindung oder zumindest die sinkende Relevanz geschlechtlicher Kategorisierungen als die Etablierung alternativer Kategoriensysteme. Dass auch andere Einteilungen als die derzeit dominanten denkbar – und empirisch nachweisbar – sind, ist jedoch zumindest ein Indiz dafür, dass Wandel möglich ist.

Die *zweite* Implikation der neueren Geschlechterkonzeptionen besteht darin, dass sich das Aktionsfeld von Geschlechterpolitik erweitert. Nimmt man die These von der Zwangsordnung von Sex, Gender und Begehren ernst, bedeutet dies, dass Geschlechterpolitik nicht „nur“ männliche Privilegien und systematische Diskriminierungen von Frauen fokussieren sollte bzw. müsste. Vielmehr geraten zusätzlich die Geschlechterkategorien selbst, die Kategorisierungssysteme menschlicher Körper – die unsere Möglichkeiten der Vergeschlechtlichung bestimmen und somit auf unsere Subjektkonstitution Einfluss haben – ins Zentrum möglicher geschlechterpolitischer Bestrebungen. Außerdem rückt neben Sexismus auch Heterosexismus ins Zentrum des geschlechterpolitischen Blickfeldes – und zwar als integraler Bestandteil des zentralen Problems. Der Hinweis auf die Intersektionalität, die Verschränkungen unterschiedlichster Identitätsmerkmale, stellt zudem eine isolierende Bezugnahme auf „Geschlecht“ ganz generell in Frage.

Die *dritte* Implikation ist vermutlich ausschlaggebend für die heftigen Debatten²⁵ und sogar Rezeptionssperren²⁶, die die Dekonstruktion der Kategorie Geschlecht provoziert hat. Sie besteht darin, dass herkömmliche Frauenpolitik und eine auf kategoriale Destabilisierungen zielende Geschlechterpolitik potentiell in Konflikt geraten. Denn herkömmliche Frauenpolitik gründet in der Bezugnahme auf eine qua Sex und meist auch qua Gender eindeutig definierte Gruppe von Frauen. Damit affirmiert sie die Geschlechterkategorie „Frauen“ – und nimmt die Gefahr in Kauf, sie zu homogenisieren oder sogar zu essentialisieren. Auf kategoriale Destabilisierungen zielende Geschlechterpolitik hingegen trachtet klare Geschlechterkategorisierungen durch unterschiedliche Irritationsstrategien gerade zu veruneindeutigen²⁷ und kann deren Affirmation – mit welcher Absicht auch immer – daher keinesfalls uneingeschränkt gutheißen.

VI. Perspektiven für einen neuen Feminismus

Ist damit das Ende des Feminismus eingeläutet, wie wir ihn kannten? Jein. Ja, wenn damit ein Feminismus gemeint ist, der unterstellt, eine Politik im Namen „der Frauen“ sei machbar, ohne dass dabei Ausschlüsse produziert würden und ohne dass zudem der vermeintlich alle Frauen übergreifende Feminismus unterm Strich trotz allgemeinem Anspruch letztlich doch einer spezi-



fischen und im Zweifelsfalle privilegierten Gruppe von Frauen besonders zugute kommt: Müttern mit hohem Familieneinkommen etwa oder Frauen, die Erfahrungen rassistischer Diskriminierung oder einen unsicheren Aufenthaltsstatus *nicht* zu ihren dringlichsten Problemen und Anliegen zählen. Nein jedoch, wenn damit ein Feminismus gemeint ist, der sich der konstitutiven Probleme geschlechtlicher Kategorisierungen bewusst ist und sich nicht scheut, trotz dieser Probleme zu handeln – oder vielmehr ihrer eingedenk. In den letzten Jahren haben sich hier in verschiedenen Arenen neue Ansätze etabliert, von denen im Folgenden zwei sehr unterschiedliche Varianten beispielhaft vorgestellt werden sollen. Es handelt sich dabei um Ansätze, die die einschlägigen Lösungen der *Issue-Politics* und des „strategischen Essentialismus“ zwar partiell einbeziehen, jedoch auch deutlich über sie hinausgehen.

Um es kurz ins Gedächtnis zu rufen: *Issue-Politics* bezeichnen eine themen- oder sachorientierte, und damit eben *issue-politische*, anstelle einer identitätspolitischen, z.B. frauenpolitischen Orientierung. Dieser Ansatz ist vor allem mit Bezug auf Bewegungspolitik diskutiert worden. Er läuft darauf hinaus, dass sich eine Gruppe um politische Ziele herum bildet anstatt aufgrund gemeinsamer Identitätsmerkmale; die persönliche Betroffenheit der Akteurinnen und Akteure hinsichtlich des zu verhandelnden Problems ist dabei zweitrangig. Einend ist also eher das politische Ziel als eine unterstellte gemeinsame Identität; und dieser Umstand spiegelt sich im öffentlichen Auftritt der Bewegung bzw. Gruppe wieder. Um ein Beispiel zu nennen: Mit einer sach- statt identitätspolitischen Orientierung würde man etwa das Engagement für Kinderbetreuungseinrichtungen am Arbeitsplatz als Elternpolitik, oder besser noch als Betreuungspolitik darstellen anstatt als Frauenpolitik; denn letzteres würde überkommene Assoziationen von Weiblichkeit, Mutterschaft und Sorgeverantwortung reifizieren. „Strategischer Essentialismus“ hingegen ist ein Ausdruck, den die postkoloniale Theoretikerin Gayatri Chakravorty Spivak geprägt hat (vgl. Spivak 1988: 197ff.). Er steht für den strategischen, vorsichtigen Einsatz der problematischen Kategorien, ein Einsatz, der von ständiger Wachsamkeit bezüglich potentieller Ausschließungen und Fehlrepräsentationen geleitet ist und daher fortwährend selbstreflexiv und -kritisch verfährt. Ein Feminismus, der sich des strategischen Essentialismus bedient, würde also weiterhin frauenpolitisch argumentieren – dies jedoch

im Bewusstsein tun, dass es sich dabei um alles andere als eine saubere Lösung handelt. Binnenfeministische Kritik am eingesetzten Frauenbild und den politischen Prioritätensetzungen wären dann als notwendiges Korrektiv grundsätzlich willkommen – und würden nicht wegen ihrer vermeintlichen Kontraproduktivität abgewehrt.

Unter den beiden Ansätzen, die intern pluralisierte und instabile Geschlechterkategorien zu den Voraussetzungen ihrer politischen Arbeit machen, sei zunächst der *Third Wave Feminism* vorgestellt. Hierbei handelt es sich um ein in sympathisierender Kritik gegenüber dem *Second Wave Feminism*, also dem Feminismus der zweiten Frauenbewegung heraus entwickeltes feministisches Erneuerungsprojekt, der vor allem von jüngeren Frauen in den USA, der Töchtergeneration der *Second Wave* Aktivistinnen getragen wird.²⁸ Charakteristisch für den neuen Feminismus der dritten Welle ist sein Selbstverständnis als Element einer inklusiven Bewegung für soziale Gerechtigkeit, in der unterschiedliche Belange als potentiell miteinander verzahnt betrachtet werden und „reine“ Geschlechterfragen nicht notwendig als höchste Priorität betrachtet werden müssen. Damit unterscheidet sich der *Third Wave* Feminismus deutlich von denjenigen (nicht ganz uneinflussreichen) Strömungen der zweiten Frauenbewegung oder *Second Wave*, die – meist ohne bösen Willen, im Effekt aber dennoch exkludierend – vor allem Probleme und Interessen weißer bzw. inländischer heterosexueller Frauen der Mittelschicht zu allgemeinen Fraueninteressen und damit zu den relevanten feministischen Zielen erklärt hatten: Fragen der Kinderbetreuung etwa, des geschlechtergerechten Hochschulzugangs oder des Rechts auf Schwangerschaftsabbrüche, und nicht etwa vergeschlechtlichter Alltagsrassismus, das Staatsbürgerschaftsrecht oder die heteronormative Fundierung der Familienpolitik. Interessant ist nun, dass sich die Akteurinnen der dritten Welle von jenen der „älteren“ zweiten Welle kaum öffentlich distanzieren, und eher ihre eigenen Schwerpunkte und Ansätze stark machen als diejenigen der feministischen Müttergeneration einer expliziten Kritik zu unterziehen – trotz ihrer im Vergleich zur zweiten Welle deutlich verschobenen und erweiterten Agenda. Das heißt jedoch nicht, dass der neue Feminismus der dritten Welle auf politische Abgrenzungsmanöver verzichten würde. Er unternimmt sie durchaus – allerdings sind sie in erster Linie gegen den sogenannten Postfeminismus gerichtet. Der Begriff



Postfeminismus bezeichnet in diesem Zusammenhang Positionen junger Feministinnen – hinsichtlich der aktuellen Diskussion im deutschsprachigen Raum wäre das zum Beispiel Thea Dorn mit ihrer F-Klasse –, die politisch vor allem auf individuelle Erfolgskämpfe setzen und sich im Zusammenhang dieses Programms ihrerseits sehr wohl explizit von der zweiten Welle distanzieren; unter anderem, indem sie diese als „Opfer-Feminismus“ brandmarken.²⁹ Leslie Heywood und Jennifer Drake, als Herausgeberinnen des Bandes *Third Wave Agenda* (Heywood/Drake 1997) explizite Verfechterinnen der dritten Welle, bemerken dazu:

„Während konservatives postfeministisches Denken auf einen Gegensatz zwischen ‘Opferfeminismus’ (zweite Welle) und *Power Feminism*, ‘Feminismus der Stärke’ (dritte Welle) baut und nahe legt, der ‘Feminismus der Stärke’ diene als Korrektiv für einen hoffnungslos veralteten ‘Opferfeminismus’, halten wir die zweite und die dritte Welle weder für unvereinbar noch für gegensätzlich. Wir definieren die dritte Welle des Feminismus vielmehr als Bewegung, die Elemente der zweiten Welle – wie die Kritik von Schönheitskultur, sexuellem Missbrauch und Machtstrukturen – aufnimmt, während sie gleichzeitig die Lust, die Gefahr und die Definitionsmacht dieser Strukturen anerkennt und für sich verwendet.“ (ebd.: 2f., Übers. IK)

Mit dieser Definition der dritten Welle positionieren sich Heywood und Drake eindeutig in der Tradition der Frauenbewegung. Gleichzeitig melden sie eigene Gestaltungsansprüche an. Sie machen klar, dass sie sich nicht als Teil der zweiten Welle verstehen, dass sie sich nicht in einen Feminismus einordnen wollen, den die Generation ihrer Mütter geprägt hat – wäre eine solche Einordnung ihr Ansinnen, müssten sie sich nicht in der *dritten* Welle verorten. Gleichzeitig verteidigen sie jedoch die zweite Welle gegen Pauschalkritik. Durch diese Argumentation können die *Third Wave* Autorinnen die feministischen Traditionsbestände beerben, ohne sie öffentlich ablehnen zu müssen. Sie vermeiden dadurch jene Diskursstrategie, die sie im Postfeminismus diagnostizieren und die uns auch in der eingangs kurz skizzierten aktuellen deutschen Mediendebatte zum „neuen Feminismus“ wieder und wieder begegnet.

Wie nun konkretisiert sich der Feminismus der dritten Welle? Zunächst ist festzuhalten, dass er sich in erster Linie als Bewegungspolitik versteht und sich vor

allem durch Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit, in der Arbeit von Nichtregierungsorganisationen und in zivilgesellschaftlichem, teilweise punktuellen politischem Engagement äußert. Die personale und thematische Inklusivität der dritten Welle führt dazu, dass Themen, die als „reine“ Frauen- bzw. Geschlechterthemen gelten könnten und die zentral waren für den Feminismus der zweiten Welle – wie sexuelle Gewalt, reproduktive Rechte oder Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen – zwar nicht verschwinden, jedoch dezentriert werden und zuweilen neben andere Belange treten. Vivian Labaton und Dawn Lundy Martin, die Herausgeberinnen des Bandes *The Fire this Time*, beschreiben den Feminismus der dritten Welle vor diesem Hintergrund in einem sehr weiten Sinne als „young women and men doing social justice work while using a gender lens“ (Labaton/Martin 2004: xxiii), als politische Arbeit für soziale Gerechtigkeit also, die junge Frauen und Männer mit Geschlechterbrille leisten. Thematisch umfasse solches Engagement den Protest gegen Handelsliberalisierungen ebenso wie gegen die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich, und motiviert sei sie durch aktuelle Formen des Kolonialismus ebenso wie durch Tendenzen der Entdemokratisierung (vgl. ebd.: xxif.). Als zentrale Lektion aus den Unzulänglichkeiten der zweiten Welle leiten die Autorinnen die Einsicht ab, dass eine feministische Bewegung, die ökonomisch bedingte Machtstrukturen und die verschiedenen Formen des Rassismus nicht thematisiert und bekämpft, zum Scheitern verurteilt sei; denn gerade die ärmsten Frauen gerieten dadurch aus dem feministischen Blickfeld. Allerdings halten sie einen bewegungsinternen Dialog über Feminismus und „Rasse“ – sowie, sollte man hinzufügen, Ethnizität, Religion und Staatsbürgerschaft – noch *nicht* für eine zufriedenstellende Zielperspektive. Potential schreiben sie eher einer feministischen Bewegung zu, die „Rasse“, Geschlecht und Globalisierung von vornherein zu ihren wichtigsten Bezugsgrößen macht (vgl. ebd.: xxix).

Wie so etwas aussehen könnte, zeigt die Künstlerin und Aktivistin Kathryn Temple in Labatons und Martins Band – und zwar am eigenen Beispiel. In ihrem Beitrag *Exporting Violence: The School of the Americas, U.S. Intervention in Latin America, and Resistance* erzählt sie nicht nur von der Verwobenheit ihrer künstlerischen und politischen Arbeit, sondern sie zieht außerdem Verbindungslinien zwischen ihrer Tätigkeit in einem Frauenhaus, einem Zufluchtsort für von häuslicher Gewalt



betroffene Flüchtlinge und Migrantinnen, und ihren Akten zivilen Ungehorsams gegen die *School of Americas*, einer Ausbildungsstätte für lateinamerikanische Militärs im US-amerikanischen Bundesstaat Georgia. Die Verknüpfung stellt sie her durch eine Analogisierung jener Machtdynamiken, die in Paaren mit gewalttätigen Partnern statthaben, und jenen, die im Zusammenhang von Strukturanpassungsmaßnahmen und staatlich organisierten Menschenrechtsverletzungen insbesondere in Mittelamerika eine Rolle spielen. In beiden Fällen dienen die Gewalttaten Temple zufolge der Einschüchterung und dadurch der Aufrechterhaltung von Dominanz: Im einen Falle der männlichen Dominanz im Rahmen der Familie, im anderen Falle der politischen und ökonomischen Dominanz der USA und US-amerikanischer Unternehmen (vgl. Temple 2004). Aus einer strengen sozialwissenschaftlichen Perspektive mögen Temples Vergleiche vorschnell und gewagt erscheinen. Doch um eine solche Perspektive geht es ihr gar nicht – genauso wenig wie den Herausgeberinnen des Bandes, in dem ihr Text erschienen ist. Vielmehr geht es ihr darum, ihre unterschiedlichsten Arbeiten und Aktivitäten auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen; und zwar auf einen feministischen Nenner. Auf diese Weise wird eine Selbstverortung als Feministin möglich, ohne politische Interessen an Fragen, die keine exklusiven Frauenfragen sind, vernachlässigen oder gar verleugnen zu müssen. Der Feminismus verliert damit zwar gegenüber den Ansätzen der zweiten Frauenbewegung an Kontur. In einer Situation, in der jedoch gerade seine vormalige Konturierung auf nicht wenige eigentlich sympathisierende Frauen – und Männer sowie transgeschlechtlich verortete Personen – eher abschreckend als anziehend wirkt, und in der dem Feminismus als sozialer Bewegung die Basis zu entschwinden droht, könnte sich diese neue Offenheit, für die die dritte Welle steht, als große Chance erweisen. Wohin das potentiell führen wird, ist derzeit noch ungewiss – wie so oft, wenn es um kollektives politisches Handeln geht.

Offenheit steht auch im Mittelpunkt des zweiten Ansatzes, der sich für einen neuen Feminismus als richtungsweisend entpuppen könnte; anders als der bewegungsbezogene Ansatz des *Third Wave Feminism*, der vor allem der Diagnose einer großen Diversität möglicher vergeschlechtlichter Positionierungen und Problemlagen und daran gekoppelter feministischer Zielsetzungen gerecht zu werden trachtet, beziehen sich die folgenden Überlegungen auf den Kontext des Gender

Mainstreaming und die Frage, wie dort die Reproduktion traditioneller Mann-Frau-Polarisierungen vermieden werden könnte. Denn im Kontext von Gender Mainstreaming Maßnahmen ist die Reifizierung überkommener Gendernormen, die „Reaktivierung tradierter zweigeschlechtlicher Denk- und Deutungsmuster“ (Wetterer 2002: 129), vor der mehrfach gewarnt worden ist, zwar verbreitete Praxis, doch keineswegs unumgänglich. Nicht nur dass, sondern auch wie es anders gehen könnte, ist z.B. im 2006 gemeinsam vom *genderbüro Berlin* und dem *GenderForum Berlin* verantworteten *Gender-Manifest*³⁰ nachzulesen. Das Papier, verfasst von Praktiker/innen im Arbeitsfeld Gender Mainstreaming, versteht sich als „Plädoyer für eine kritisch reflektierende Praxis in der genderorientierten Bildung und Beratung“ (Gender-Manifest: 1) und legt zu diesem Zweck sowohl theoretisch-methodische Prämissen als auch Standards für die professionelle Praxis vor. Ziel sind dabei Gender-Trainings und -Beratungen, die Prämissen zweigeschlechtlichen Denkens nicht reproduzieren, sondern stattdessen hinsichtlich ihrer Ursachen, Funktionsweisen und Auswirkungen befragen. Hinterfragt werden sollen zudem geschlechtstypische Zuschreibungen (vgl. ebd.: 6). Entgegen der skeptischen These, eine „dekonstruktivistische Gleichstellungspolitik [stelle] so etwas wie eine *contradictio in adjecto*“ dar, da eine dekonstruktivistische Geschlechterperspektive den Rahmen angreife, in dem „verallgemeinernde Aussagen über geschlechtstypische Problemlagen und Konfliktkonstellationen“ überhaupt gemacht werden können (Wetterer 2002: 142; vgl. auch Knapp 1997), sind die Autor/innen des *Gender-Manifests* nicht der Überzeugung, das radikale In-Frage-Stellen überkommener Gendernormen und der Blick auf „die gesellschaftlich wirkende hierarchische Geschlechterordnung“ (vgl. Gender-Manifest: 6) würden sich ausschließen. Man habe es hier zwar durchaus mit einer „Gender-Paradoxie“ (ebd.: 4) zu tun, dem Umstand nämlich, dass zum Zweck der Überwindung von Geschlechternormen und -hierarchien die affirmative Bezugnahme auf die Kategorie Geschlecht unumgänglich ist. Dieses Paradox sei jedoch kein Hinderungsgrund, genau diese Arbeit in Angriff zu nehmen; sondern eher eine Herausforderung. „Wir sehen die Herausforderung darin“, schreiben die Erstunterzeichner/innen des Manifests entsprechend, „einen paradoxen Umgang mit Gender zum Ausgangspunkt des professionellen Handelns zu machen, d.h. Gender als Analysekategorie zu gebrauchen, um Gender als Ordnungskategorie zu überwinden“ (ebd.: 2). Und in der Tat ist zu



vermuten, dass ein Zusammenspiel von Strategien, die Geschlechtskategorien (vielleicht notgedrungen) affirmieren auf der einen Seite, und Strategien der Destabilisierung dieser Kategorien auf der anderen Seite, dass ein solches Zusammenspiel eher positive als negative Effekte haben wird. Zumindest würde es die Ambivalenzen, die das geschlechtertheoretische und -politische Feld bis ins Innerste prägen, zum Vorschein bringen. Und auch in dieser Hinsicht könnte sich Offenheit als Vorteil erweisen. Und zwar insofern, als dass sie dazu beitragen könnte, Feminismus als notwendig vielfältiges und brüchiges Projekt darzustellen.

Der auch im deutschen Sprachraum immer stärker werdende Postfeminismus, der auf individuelle Stärke und die v.a. beruflichen Erfolge durchsetzungsstarker Vorzeigefrauen setzt und dieses Programm gegen einen angeblich gänzlich unbrauchbar gewordenen „Opferfeminismus“ der zweiten Frauenbewegung ausspielt, gleicht seinem selbstkonstruierten Abgrenzungsobjekt auf interessante und bezeichnende Weise. Denn die Verfechterinnen des Postfeminismus präsentieren sowohl den „Feminismus alter Schule“ als auch ihr eigenes Projekt als weitgehend einheitliche Angelegenheiten. Damit reproduziert der Postfeminismus jedoch just das, was er als Kernproblem des Feminismus der zweiten Frauenbewegung diagnostiziert: Hinter den selbst-erklärten Gemeinvertretungsanspruch zurückzufallen, und zwar wegen eines letztlich zu engen Programms, das auf eine bloß kleine Zielgruppe zugeschnitten ist – eine Zielgruppe zudem, die längst nicht allen aktuellen und potentiellen Feminist/innen attraktiv erscheint. Gerade weil dieser Kritik eine zumindest partielle Berechtigung kaum abgesprochen werden kann, empfiehlt sich der Postfeminismus dann jedoch bloß schwerlich als richtungsweisende Alternative. Dass der Feminismus ganz allgemein in den letzten Jahren in Sachen Mitgliederwerbung und Jugendarbeit suboptimal dastand – zumindest in der Bundesrepublik –, das ist wohl weitgehend Konsens. Umstritten ist jedoch, woran das liegen könnte. Denn dass seine Planziele längst erfüllt sind, kann – trotz maßgeblicher politischer Erfolge – als Ursache ausgeschlossen werden. Nimmt man die ablehnende Kritik der Postfeministinnen und die freundliche Kritik der Vertreter/innen der dritten Welle ernst, so verhärtet sich hingegen der Verdacht, dass die Probleme, mit denen der Feminismus in den letzten Jahren zu kämpfen hatte, vor allem an dem Umstand hängen, dass er als Projekt eines geschlossenen, homo-

genen Zirkels wahrgenommen wurde – und nicht genug getan hat, diese Wahrnehmung erfolgreich zu bekämpfen. In dieselbe Falle scheint nun auch der Postfeminismus zu laufen, wenn er sich als Spartenfeminismus (vgl. auch Hark/Kerner 2007b) für leistungsbereite Gewinnerinnen präsentiert. Denn ein Feminismus, der sich *nicht* als offenes und heterogenes Projekt darstellt, wird fast *zwangsläufig* der einen zu betulich erscheinen, der anderen zu karrieristisch oder etabliert, der einen zu weiß, dem anderen zu zweigeschlechtlich, einigen zu lesbisch, anderen zu heterosexuell, manchen zu alt, weiteren wiederum altbacken, oder aber im Gegenteil auf schlechte Weise neu reklamiert.

Ein neuer Feminismus, der sowohl die Erfolge als auch die Erfahrungen der zweiten Frauenbewegung zum Ausgangspunkt der eigenen Aktivitäten nimmt, kommt vor diesem Hintergrund vielleicht gar nicht umhin, offen mit den eigenen Ambivalenzen umzugehen und seine Diversität und Paradoxien nicht nur grundsätzlich anzuerkennen und auszustellen, sondern auch immer wieder neu zu verhandeln. Das mag manchen zwar zu anstrengend sein. Für andere wiederum wird es nach Befreiung klingen, und vielleicht sogar nach Spaß. Einen Versuch zumindest ist es wert. Zu tun ist viel, und die antifeministische Seite schläft auch schon länger nicht mehr.

VII. Fragen zum Text

1. Welche binnenfeministischen Kontroversen werden in diesem Text angesprochen? Was ist Ihre eigene Position? Warum?
2. Wogegen richtete bzw. richtet sich die Unterscheidung von *Sex* und *Gender*? Was sind die Vorzüge, was die Probleme dieser Unterscheidung?
3. Worin unterscheiden sich feministische Gleichheits- und Differenzansätze? Was sind ihre Gemeinsamkeiten? Wie gewichtig schätzen Sie die jeweiligen Stärken und Schwächen dieser Ansätze ein?
4. Aus welchen Gründen werden einheitliche Weiblichkeits- und Männlichkeitskonzepte kritisiert? Was halten Sie von dieser Kritik, insbesondere wenn Sie über ihre eigene Geschlechtsposition im Vergleich zu den geschlechtlichen Positionierungen der Menschen in



ihrem Umfeld nachdenken?

5. Was haben nach Judith Butler Geschlechterdualismus, Zweigeschlechtlichkeit und Heteronormativität gemein? Vergleichen Sie Butlers Ausführungen mit denjenigen von Gayle Rubin. Worin gleichen, worin unterscheiden sie sich? Können Sie einer dieser beiden Autorinnen – oder gar beiden – zustimmen? Warum bzw. warum nicht?

6. Was ist unter „Dekonstruktion von Geschlecht“ zu verstehen? Welche politischen Implikationen dekonstruktivistischer geschlechtertheoretischer Positionen werden in dem Text genannt? Fallen Ihnen weitere Implikationen ein? Wie beurteilen Sie diese Implikationen?

7. Was ist die erste, was die zweite und was die dritte Welle des Feminismus? In welchem Verhältnis stehen diese Wellen zueinander?

8. Wie ist das Verhältnis zwischen *Third Wave* Feminismus und Postfeminismus bestellt? Erscheint Ihnen eine dieser Positionen attraktiv? Inwiefern tut sie das bzw. aus welchen Gründen tut sie es nicht?

9. Was ist Gender Mainstreaming? Was sind die in diesem Text formulierten Gefahren dieser Strategie? Welchen Lösungsvorschlag präsentieren die Autor/innen des Gender-Manifests? Was halten Sie davon?

10. Brauchen wir einen neuen Feminismus? Falls ja, wie sollte der Ihrer Meinung nach aussehen?

VIII. Links zum Text

Portale mit vielfältigen Links zu diversen Aspekten der Geschlechtertheorie- und politik:

<http://www.genderinn.uni-koeln.de>
<http://buecherei.philo.at/gender.htm>
<http://www.glow-boell.de>

Zum Gender Mainstreaming:

<http://www.gender-mainstreaming.net>
<http://www.gender-mainstreaming.org>

Zu dritter Welle und neuem Feminismus:

<http://www.thirdwavefoundation.org>

<http://www.nextgeneration.net>
<http://www.europeanfeministforum.org>

IX. Literatur

Agacinski, Sylviane 1998: *Politique des Sexes*. Paris: Éditions du Seuil.

Anzaldúa, Gloria (Hg.) 1990: *Making Face, Making Soul - Haciendo Caras. Creative and Critical Perspectives by Feminists of Color*. San Francisco: Aunt Lute Books.

Arbeitsgruppe Frauenkongreß (Hg.) 1984: *Sind wir uns denn so fremd? Dokumentation des 1. gemeinsamen Kongresses ausländischer und deutscher Frauen, 23.-25. März 1984*. Frankfurt/M.: ASH-Druckerei.

Barkley Brown, Elsa 1995: ‚What has Happened Here‘: The Politics of Difference in Women’s History and Feminist Politics. In: Hine, Darlene Clark/ King, Wilma/ Reed, Linda (Hg.): ‚We Specialize in the Wholly Impossible‘. A Reader in Black Women’s History. Brooklyn: Carlson. 39-54.

Bauhardt, Christine/ Wahl, Angelika von (Hg.) 1999: *Gender and Politics. „Geschlecht“ in der feministischen Politikwissenschaft*. Opladen: Leske + Budrich.

Baumgardner, Jennifer/ Richards, Amy 2000: *Manifesta: Young Women, Feminism, and the Future*. New York: Farrar, Straus and Giroux.

Beauvoir, Simone de 1992: *Das andere Geschlecht. Sitte und Sexus der Frau*. Hamburg: Rowohlt.

BMFSFJ 2002: *Gender Mainstreaming. Was ist das?* Berlin.

Butler, Judith 1990: *Gender Trouble. Feminism and the Subversion of Identity*. London - New York: Routledge.

Butler, Judith 1993: Ort der politischen Neuverhandlung. Der Feminismus braucht „die Frauen“, aber er muß nicht wissen, „wer“ sie sind. In: *Frankfurter Rundschau* v. 27.07.1993. 10.

Chodorow, Nancy 1985: *Das Erbe der Mütter*. Psy-



choanalyse und Soziologie der Geschlechter. München: Frauenoffensive.

Collins, Patricia Hill 2000: *Black Feminist Thought. Knowledge, Consciousness, and the Politics of Empowerment*. Second Edition. New York - London: Routledge.

Connell, Robert 1999: *Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten*. Opladen: Leske und Budrich.

Daly, Mary 1991: *Gyn/Ökologie. Eine Metaethik des radikalen Feminismus*. München: Frauenoffensive.

Dietze, Gabriele 2006: *Schnittpunkte. Gender Studies und Hermaphroditismus*. In: Dietze, Gabriele/ Hark, Sabine (Hg.): *Gender kontrovers. Genealogie und Grenzen einer Kategorie*. Königstein/Ts: Helmer. 46-68.

Dorn, Thea 2006: *Die neue F-Klasse. Wie die Zukunft von Frauen gemacht wird*. München: Piper.

Eggers, Maureen Maisha/ Kilomba, Grada/ Piesche, Peggy/ Arndt, Susan (Hg.) 2005: *Mythen, Masken und Subjekte. Kritische Weißseinsforschung in Deutschland*. Münster: Unrast.

Engel, Antke 2002: *Wider die Eindeutigkeit. Sexualität und Geschlecht im Fokus queerer Politik der Repräsentation*. Frankfurt/M: Campus.

Engelmann, Peter (Hg.) 1997: *Postmoderne und Dekonstruktion. Texte französischer Philosophen der Gegenwart*. Stuttgart: Reclam.

Fausto-Sterling, Anne 1993: *The Five Sexes. Why Male and Female Are Not Enough*. In: *The Sciences*(March/April 1993). 20-24.

Fausto-Sterling, Anne 2000: *The Five Sexes, Revisited*. In: *The Sciences*(July/August 2000). 19-23.

FeMigra 1994: *Wir, die Seiltänzerinnen. Politische Strategien von Migrantinnen gegen Ethnisierung und Assimilation*. In: Eichhorn, Cornelia/ Grimm, Sabine (Hg.): *Gender Killer. Texte zu Feminismus und Kritik*. Berlin - Amsterdam: Edition ID-Archiv. 49-63.

Findlen, Barbara (Hg.) 1995: *Listen Up. Voices from the Next Feminist Generation*. Seattle: Seal Press.

Fraser, Nancy 2001: *Die halbierte Gerechtigkeit*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Frey, Regina 2003: *Gender im Mainstreaming. Geschlechtertheorie und -praxis im internationalen Diskurs*. Königstein/Ts.: Ulrike Helmer.

Fuchs, Brigitte/ Habinger, Gabriele (Hg.) 1996: *Rassismen & Feminismen. Differenzen, Machtverhältnisse und Solidarität zwischen Frauen*. Wien: Promedia.

Gerhard, Ute/ Jansen, Mechtild/ Maihofer, Andrea/ Schmid, Pia/ Schulz, Irmgard (Hg.) 1990: *Differenz und Gleichheit. Menschenrechte haben (k)ein Geschlecht*. Königstein/Ts.: Helmer.

Gildemeister, Regine/ Wetterer, Angelika 1992: *Wie Geschlechter gemacht werden. Die soziale Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit und ihre Reifizierung in der Frauenforschung*. In: Knapp, Gudrun-Axeli/ Wetterer, Angelika (Hg.): *TraditionenBrüche. Entwicklungen feministischer Theorie*. Freiburg/Bs.: Kore.

Gilligan, Carol 1984: *Die andere Stimme. Lebenskonflikte und Moral der Frau*. München: Pieper.

Greiner, Tania (2007). *Marie Curie der Laserforschung*. mobil: 12-13.

Hagemann-White, Carol 1988: *Wir werden nicht zweigeschlechtlich geboren...* In: Hagemann-White, Carol/ Rerrich, Maria S. (Hg.): *FrauenMännerBilder. Männer und Männlichkeit in der feministischen Diskussion*. Bielefeld: AJZ. 224-235.

Hark, Sabine 1987: *Eine Frau ist eine Frau, ist eine Frau... Lesbische Fragen und Perspektiven für eine feministische Gesellschaftsanalyse und -theorie*. In: *beiträge zur feministischen theorie und praxis*(20). 85-94.

Hark, Sabine 2005: *Dissidente Partizipation. Eine Diskursgeschichte des Feminismus*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Hark, Sabine/ Kerner, Ina 2007a: *Der Feminismus ist tot? Es lebe der Feminismus! Das „False Feminist Death-Syndrome“*. In: *Querelles-Net*. <http://www.querelles-net.de/forum/forum21/harkkerner.shtml>.



Hark, Sabine/ Kerner, Ina 2007b: Der neue Spartenfeminismus. In: Feministische Studien 25(1). 92-95.

Hark, Sabine/ Kerner, Ina 2007c: Konstruktionsfehler in der F-Klasse. In: Freitag 18, 4. Mai 2007. 17.

Haug, Frigga 2004: Sozialistischer Feminismus: Eine Verbindung im Streit. In: Becker, Ruth/ Kortendiek, Beate (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden: VS. 49-55.

Hausen, Karin 1976: Die Polarisierung der „Geschlechtscharaktere. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben. In: Conze, Werner (Hg.): Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas. Stuttgart: Klett-Cotta. 363-393.

Henry, Astrid 2004: Not My Mother's Sister. Generational Conflict and Third-Wave Feminism. Bloomington - Indianapolis: Indiana UP.

Heywood, Leslie/ Drake, Jennifer (Hg.) 1997: Third Wave Agenda: Being Feminist, Doing Feminism. Minneapolis - London: University of Minnesota Press.

Holland-Cunz, Barbara 2003: Die alte neue Frauenfrage. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Honegger, Claudia 1991: Die Ordnung der Geschlechter. Die Wissenschaften vom Menschen und das Weib. 1750-1850. Frankfurt/M.: Campus.

hooks, bell 1984: Feminist Theory: From Margin to Center. Boston: South End Press.

hooks, bell 1989: Talking Back. Thinking Feminist, Thinking Black. Boston: South End Press.

Ilich, Ivan 1995: Genus. Zu einer historischen Kritik der Gleichheit. München: Beck.

Jaggar, Alison M. 1983: Feminist Politics and Human Nature. Sussex: The Harvester Press.

Kinder, Herrmann/ Hilgemann, Werner ²⁴1990: dtv-Atlas zur Weltgeschichte. Band 2: Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart. München: dtv.

Klöppel, Ulrike 2005: „Strenge Objektivität und extremste Subjektivität konkurrieren“. Hermaphroditismusbehandlung in der Nachkriegszeit und die Durchsetzung von *gender by design*. In: intesex, AG 1-0-1 (Hg.): 1-0-1 intersex. Das Zwei-Geschlechter-System als Menschenrechtsverletzung. Berlin: NGBK. 163-185.

Knapp, Gudrun-Axeli 1997: Gleichheit, Differenz, Dekonstruktion: Vom Nutzen theoretischer Ansätze der Frauen- und Geschlechterforschung für die Praxis. In: Krell, Gertraude (Hg.): Chancengleichheit durch Personalpolitik. Gleichstellung von Frauen und Männern in Unternehmen und Verwaltungen. Rechtliche Regelungen - Problemanalysen - Lösungen. Wiesbaden: Gabler. 77-85.

Kullmann, Katja 2003: Generation Ally. Warum es heute so kompliziert ist, eine Frau zu sein. Frankfurt/M.: Fischer.

Labaton, Vivien/ Martin, Dawn Lundy (Hg.) 2004: The Fire this Time. Young Activists and the New Feminism. New York: Anchor.

MacKinnon, Catharine 1989: Feminismus, Marxismus, Methode und der Staat: Ein Theorieprogramm. In: List, Elisabeth/ Studer, Herlinde (Hg.): Denkverhältnisse. Feminismus und Kritik. Frankfurt/M.: Suhrkamp. 86-132.

Maihofer, Andrea 1997: Gleichheit nur für Gleiche? In: Gerhard, Ute/ Jansen, Mechtild/ Maihofer, Andrea/ Schmid, Pia/ Schulz, Irmgard (Hg.): Differenz und Gleichheit. Menschenrechte haben (k)ein Geschlecht. Königstein/Ts.: Helmer. 351-367.

Mill, John Stuart/ Taylor Mill, Harriet/ Taylor, Helen 1976: Die Hörigkeit der Frau. Texte zur Frauenemanzipation. Frankfurt/M.: Syndikat.

Moraga, Cherríe/ Anzaldúa, Gloria (Hg.) 1981: This Bridge Called My Back. Writings by Radical Women of Color. Watertown: Persephone Press.

Müller, Helmut 1987: Schlaglichter der deutschen Geschichte. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Nave-Herz, Rosemarie 1987: Die Geschichte der



Frauenbewegung in Deutschland. Düsseldorf: Landeszentrale für Politische Bildung Nordrhein-Westfalen.

Nestor, Grethe 2006: Die Badgirl Feministin. Ein Handbuch für Frauen, die sich munitionieren wollen. München: dtv.

Nicholson, Linda 1994: Was heißt „gender“? In: Institut für Sozialforschung Frankfurt (Hg.): Geschlechterverhältnisse und Politik. Frankfurt/M.: Suhrkamp. 188-220.

Oakley, Ann 1972: Sex, Gender and Society. London: Temple Smith.

Oguntoye, Katharina/ Opitz, May/ Schultz, Dagmar (Hg.) 1992: Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte. Frankfurt/M.: Fischer.

Palm, Kerstin 2005: Biologie der Befreiung? Von der natürlichen Vielfalt der Geschlechter. In: NGBK (Hg.): 1-0-1 intersex. Das Zwei-Geschlechter-System als Menschenrechtsverletzung. Berlin: NGBK. 82-86.

Rauschenbach, Brigitte 1998: Politische Philosophie und Geschlechterordnung. Eine Einführung. Frankfurt/M.: Campus.

Rich, Adrienne 1989: Zwangsheterosexualität und lesbische Existenz. In: List, Elisabeth/ Studer, Herlinde (Hg.): Denkverhältnisse. Feminismus und Kritik. Frankfurt/M.: Suhrkamp. 244-278.

Rubin, Gayle 2006: Der Frauentausch. Zur ‚politischen Ökonomie‘ von Geschlecht. In: Dietze, Gabriele/ Hark, Sabine (Hg.): Gender kontrovers. Genealogie und Grenzen einer Kategorie. Königstein/Ts.: Helmer. 69-115.

Schaeffer-Hegel, Barbara 1988: Vater Staat und seine Frauen. Über den Beitrag der politischen Philosophie zum Ausschluß der Frauen aus der Politik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 42. 20-27.

Schiebinger, Londa 1995: Am Busen der Natur. Erkenntnis und Geschlecht in den Anfängen der Wissenschaft. Stuttgart: Klett-Cotta.

Schröter, Susanne 2002: FeMale. Über Grenzverläufe

zwischen den Geschlechtern. Frankfurt/M.: Fischer.

Speitkamp, Winfried 2005: Deutsche Kolonialgeschichte. Stuttgart: Reclam.

Spivak, Gayatri Chakravorty 1988: In Other Worlds. Essays in Cultural Politics. London - New York: Routledge.

Stepan, Nancy Leys 1990: Race and Gender: The Role of Analogy in Science. In: Goldberg, David Theo (Hg.): Anatomy of Racism. Minneapolis - London: University of Minnesota Press. 38-57.

Steyerl, Hito/ Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (Hg.) 2003: Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Kritik. Münster: Unrast.

Stöcker, Mirja (Hg.) 2007: Das F-Wort. Feminismus ist sexy. Königstein/Ts.: Ulrike Helmer.

Stötzer, Bettina 2004: InDifferenzen. Feministische Theorie in der antirassistischen Kritik. Hamburg: Argument.

Temple, Kathryn 2004: Exporting Violence: The School of Americas, U.S. Intervention in Latin America, and Resistance. In: Labaton, Vivien/ Martin, Dawn Lundy (Hg.): The Fire this Time. Young Activists and the New Feminism. New York: Anchor Books. 107-149.

Tißberger, Martina/ Dietze, Gabriele/ Hrzán, Daniela/ Husmann-Kastein, Jana (Hg.) 2006: Weiß - Weißsein - Whiteness. Kritische Studien zu Gender und Rassismus. Frankfurt/M.: Peter Lang.

Walker, Rebecca (Hg.) 1995: To Be Real: Telling the Truth and Changing the Face of Feminism. New York: Anchor.

Weingarten, Susanne/ Wellershoff, Marianne (Hg.) 1999: Die widerspenstigen Töchter. Für eine neue Frauenbewegung. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Wetterer, Angelika 2002: Strategien rhetorischer Modernisierung. Gender Mainstreaming, Managing Diversity und die Professionalisierung der Gender-Expertinnen. In: Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien(3). 129-148.



Wittig, Monique 1992: *The Straight Mind and Other Essays*. Boston: Beacon.

Young, Iris Marion 1989: Humanismus, Gynozentrismus und feministische Politik. In: List, Elisabeth/Studer, Herlinde (Hg.): *Denkverhältnisse. Feminismus und Kritik*. Frankfurt/M.: Suhrkamp. 37-65.

Zerrahn, Signe 1995: *Entmannt. Wider den Trivialfeminismus*. Hamburg: Rotbuch.

X. Endnoten

¹ Aufschlussreich hinsichtlich gruppenbezogener Rechtsungleichheiten und Hierarchisierungen sind neben geschlechterpolitisch wirksamen Differenzierungen insbesondere koloniale Formen von Staatlichkeit und Staatsbürgerschaft. In den deutschen Kolonien beispielsweise erhielten die „Eingeborenen“, wie die Ureinwohner der Kolonialgebiete laut einer Kaiserlichen Verordnung von 1900 genannt wurden, keine deutschen Staatsbürgerrechte; gleichwohl waren sie als Untertanen der deutschen Souveränität unterworfen (vgl. Speitkamp 2005: 44f.).

² Im populären *dtv-Atlas zur Weltgeschichte* beispielsweise werden die beiden Verfassungen graphisch dargestellt. Bezogen auf das Wahlrecht in der Verfassung von 1871 ist dort vermerkt, dass es sich auf „Wahlberechtigte Staatsbürger über 25 J. (Allgemeines, gleiches und geheimes Wahlrecht)“ bezieht (Kinder/Hilgemann ²⁴1990: 76); die Verfassung von 1919 betreffend, die auch Frauen das Wahlrecht zuschrieb, lautet der entsprechende Eintrag in die Graphik: „Wahlberechtigte Staatsbürger (über 20 Jahre) (Allgemeines, gleiches, mittelbares und geheimes Wahlrecht)“ (ebd.: 148). Auch in Helmut Müllers 1987 bei der Bundeszentrale für politische Bildung erschienenen Abriss *Schlaglichter der deutschen Geschichte* wird um das Frauenwahlrecht nicht viel Federlesen gemacht, ist das Wahlrecht auch schon vorher, als es alle Männer einschließt, allgemein genug um als allgemein bezeichnet zu werden. Im Abschnitt über die Reichsverfassung von 1919 kann man dort nachlesen: „... ihm [dem Bundesrat] gegenüber stand der aus allgemeinen und gleichen Wahlen hervorgegangene Reichstag als echte Vertretung der Gesamtheit des Volkes“ (Müller 1987: 184). Im Abschnitt über die Weimarer Verfassung (ebd.: 232) wird die beachtliche Erweiterung des Kreises der Wahlberechtigten um

Frauen nicht einmal erwähnt.

³ Frauen konstituieren nicht die einzige Gruppe, die ab dem 18. Jahrhundert im Rahmen verschiedener Wissenschaften als kategorial different im Vergleich zu männlichen Europäern konstruiert wurde, und mithin nicht die einzige Gruppe, der damit zentrale Charakteristika dessen abgesprochen wurde, was als vollwertiges Menschsein galt. „Rassenforschung“ und physische Anthropologie klassifizierten und hierarchisierten menschliche Großgruppen nach somatischen Merkmalen wie Hautfarbe oder Kopfform, und leiteten aus gruppentypischen körperlichen Merkmalen vermeintlich entsprechende charakterliche Gruppenmerkmale ab. Für einen Überblick, der auch das Verhältnis zwischen „Rassen“- und Geschlechteranthropologie explizit macht, vgl. Schiebinger (1995) und Stepan (1990).

⁴ Vgl. zur „Polarisierung der Geschlechtscharaktere“ ab dem späten 18. Jahrhundert und zu deren Zusammenhängen mit der in jener Zeit einsetzenden „Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben“ auch Hausen (1976).

⁵ Vgl. bezogen auf Deutschland Nave-Herz (1987) und für einen Überblick über zentrale theoretische Positionen in dieser Zeit Holland-Cunz (2003).

⁶ Dass der akademische Feminismus und die Geschlechterforschung i.d.R. in Nordamerika und Westeuropa früher institutionalisiert werden konnten als anderswo, bedeutet nicht, dass sie einen legitimen Vertretungsanspruch für „den“ Feminismus und „die“ Geschlechterforschung beanspruchen könnten. Wenn die Darstellung, die dieser Text zu leisten beansprucht, auf nordamerikanische und westeuropäische Positionen konzentriert ist, bedeutet das mithin nicht, dass Positionen aus anderen geographischen und politischen Kontexten grundsätzlich weniger interessant oder relevant wären. Die Konzentration auf nordamerikanische und westeuropäische Positionen stellt mithin eine Selbstbeschränkung dar.

⁷ Für eine gut lesbare Kurzeinführung in die Grundzüge der Dekonstruktion im Sinne ihres „Urhebers“ Jacques Derrida vgl. die von Peter Engelmann verfasste Einführung in seinen Reader zur französischen Philosophie der Gegenwart (Engelmann 1997).

⁸ Naheliegenderweise wurde die Naturalisierung von Geschlechterdifferenzen bereits im Umfeld der ersten Frauenbewegung kritisiert, z.B. in dem von dem liberalen Theoretiker John Stuart Mill gemeinsam mit Ehefrau Harriet Taylor Mill und Tochter Helen Taylor verfassten und erstmals 1869 veröffentlichten Essay *Die Hörigkeit*



der Frau (Mill/Taylor Mill/Taylor 1976). Für die feministische Theorieentwicklung im Umfeld der zweiten Frauenbewegung spielten die älteren Texte allerdings keine bedeutende Rolle.

⁹ Für eine Diskussion verschiedener Repräsentationsstrategien von Intersexualität, und zwar entweder als „natürlich“ oder als konstruiert wie alle anderen Geschlechtspositionen auch, vgl. Palm (2005).

¹⁰ Für die Spezifika der Debatte um Gleichheit und Differenz im deutschsprachigen Raum vgl. Gerhard et al. (1990) sowie Maihofer (1997).

¹¹ Die Unterscheidung von liberalen, sozialistischen und radikalen feministischen Ansätzen geht auf eine 1983 erschienene, umfassende Studie von Alison Jaggar zurück – und ist die erste Taxonomie geschlechtertheoretischer Ansätze, die weite Verbreitung gefunden hat (vgl. Jaggar 1983).

¹² Illustrieren lassen sich diese Unterschiede zwischen Gleichheits- und Differenzpositionen an den Implikationen ihrer jeweiligen Forderungen für Quotierungen. Gleichheitsfeministinnen fordern Frauenquoten in der Regel unter Rekurs auf Gerechtigkeitsargumente; gleiche Anteile von Frauen und Männern z.B. in Parlamenten sind kein Mittel zum Zweck, sondern gleichstellungspolitisches Ziel. Die differenzfeministische Forderung solcher Quotierungen hingegen ist in der Regel durch die Annahme oder Hoffnung geleitet, durch eine gleichberechtigte Partizipation von Frauen und Männern z.B. in einem Parlament könne sich Inhalt und Stil der Politik verändern – denn erst in einer solchen Situation sei es Frauen möglich, ihre geschlechtsspezifischen Interessen und ihren eigenen Zugang zum Amt in angemessener Form umzusetzen.

¹³ Die Grenze zwischen radikalen Positionen und kulturellen Positionen wie derjenigen Dalys ist fließend und unterläuft damit die typologische Unterscheidung von Differenz- und Gleichheitsansätzen.

¹⁴ Für eine überblicksartige Darstellung und grundsätzliche Diskussion von Gleichheits- und Differenzansätzen vgl. auch Young (1989) und Fraser (2001: 251ff.).

¹⁵ In den USA schlug sich derartige Kritik über lange Zeit stärker in der feministischen Theoriebildung nieder als im deutschsprachigen Raum. Besonders pointiert wurde sie dort von afroamerikanischen feministischen Theoretikerinnen vorgebracht; besonders einflussreich waren und sind vor allem bell hooks (vgl. u.a. hooks 1984, 1989) und Patricia Hill Collins (Collins 2000). Nachhaltig und überzeugend kritisiert wird ein ein-

heitliches Genderkonzept außerdem in der von Cherríe Moraga und Gloria Anzaldúa (1981) kompilierten Textsammlung *This Bridge Called My Back* sowie in dem von Anzaldúa (1990) edierten Sammelband *Making Face, Making Soul – Haciendo Caras*. Für entsprechende Diskussionen im deutschsprachigen Raum vgl. neben den unten diskutierten wichtigen Positionen u.a. die Dokumentation des *1. gemeinsamen Kongresses ausländischer und deutscher Frauen* (Arbeitsgruppe Frauenkongreß 1984), den Sammelband Fuchs/Habinger (1996) und diverse der Aufsätze in den Sammelbänden von Steyerl/Rodríguez (2003) mit Schwerpunkt postkoloniale Kritik und von Eggers/Kilomba/Piesche/Arndt (2005) sowie von Tißberger/Dietze/Hrzán/Husman-Kastein (2006) mit dem Schwerpunkt Critical Whiteness Studies. Besonders erwähnenswert ist außerdem die Zeitschrift *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis*, die sich mit Regelmäßigkeit den Differenzen zwischen Frauen und daraus entstehenden Problemen gewidmet hat (vgl. v.a. 27/1990 und 42/1996). Hier gab es unter anderem auch ein Heft über Feminismus in Ost- und in Westdeutschland (54/2000) und Ausgaben zu Feminismus und lesbischen Lebensweisen (25, 26/1989 sowie 52/1999).

¹⁶ Für eine pluralisierte Konzeptionen von Männlichkeit vgl. Connell (1999).

¹⁷ Für einen umfassenden Überblick über die Thematisierung von Rassismus in der westdeutschen Frauenbewegung und Geschlechterforschung vgl. Stötzer (2004: 27ff.).

¹⁸ Bereits auf den ersten Seiten von *Gender Trouble* bekräftigt Butler, es sei unmöglich, „Gender“ aus den politischen und kulturellen Intersektionen zu lösen, in denen es hergestellt und aufrechterhalten wird (vgl. Butler 1990: 3).

¹⁹ Für Gesellschaften, die mehr als zwei Geschlechter unterscheiden bzw. über Traditionen verfügen, die soziale Geschlechtswechsel erlauben, ohne dass diese von medizinischen Maßnahmen begleitet sein müssen, die auch einen körperlichen Geschlechtswechsel inszenieren, vgl. Schröter (2002).

²⁰ Butler war – wie wir implizit nicht zuletzt aus der Darstellung des Ansatzes von Gayle Rubin wissen – nicht die erste, die gegen die feministische Entkopplung von Sex und Gender bzw. vor allem gegen deren Implikation, die Reproduktion eines naturalisierten Verständnisses von Sex, kritische Einwände erhob. Für einen Überblick über weitere Ansätze, die Butlers Thesen aus *Gender Trouble* in Teilen vorwegnahmen, vgl.



Hark (2005: 43ff.). Die prominenteste frühe Kritikerin der Zweigeschlechtlichkeit aus dem deutschen Sprachraum ist Carol Hageman-White (vgl. z.B. Hagemann-White 1988).

²¹ Der Begriff *compulsory heterosexuality*, in der deutschen Übersetzung „Zwangsheterosexualität“, wurde von Adrienne Rich geprägt. Ihr im Original 1980 erschienener Aufsatz *Zwangsheterosexualität und lesbische Existenz* (Rich 1989) wurde breit diskutiert und vielfach nachgedruckt. Die deutsche Übersetzung erschien erstmals 1983.

²² Vgl. hierzu auch die Arbeiten von Ann Fausto-Sterling (z.B. 1993; 2000).

²³ Zu diesem Aspekt siehe vor allem das Kapitel *Körper von Gewicht* in dem gleichnamigen Buch (Butler 1997), das diverse Motive aus *Gender Trouble* noch einmal aufnimmt und vertieft.

²⁴ Unter dem Stichwort „Doing Gender“ ist die Idee der performativen Hervorbringung von Gender – allerdings in einer weniger subjektkritischen, interaktionistischen Variante – auch im Kontext der soziologischen Ethnomethodologie entwickelt worden (vgl. West/Zimmerman 1987).

²⁵ Für die Rezeption und Diskussion insbesondere der Thesen von Butler vgl. v.a. die *Feministischen Studien* 11 (1993); allgemeiner angelegt ist Bauhardt/Wahl (1999), eine kritische Rezeptionsgeschichte liefert Hark (2005: 269ff.).

²⁶ Vgl. zu dieser These bezogen auf die feministische Wissenschaft Gildemeister/Wetterer (1992); für die Mainstreaming-Praxis auch Frey (2003).

²⁷ Zu Strategien der Veruneindeutigung vgl. besonders Engel (2002).

²⁸ Die Bezeichnung *First Wave* bezieht sich auf die erste Frauenbewegung, die vom 19. bis ins frühe 20. Jahrhundert aktiv war und u.a. das Frauenwahlrecht erkämpfte; die zweite Welle des Feminismus, die *Second Wave*, bezieht sich auf die zweite Frauenbewegung, die um die 1970er Jahre entstand. Von einer dritten Welle wird seit den 1990er Jahren gesprochen. Die Aktivitäten der *Third Wave* Aktivistinnen schlagen sich dabei nicht zuletzt in regen publizistischen Tätigkeiten nieder. Im Laufe weniger Jahre sind diverse Werke erschienen, die der dritten Welle zugerechnet werden bzw. die sich selbst dort situieren. In vielen Fällen handelt es sich um Sammelbände, die z.T. autobiographisch orientiert sind. Nicht zuletzt dadurch, dass sie häufig auf den Leselisten von College-Seminaren zu finden sind, haben diese Bücher einen breiten Leser/innen-Kreis er-

reichen können. Zu den am stärksten verbreiteten Bänden gehören die Anthologien *Listen Up. Voices from the Next Feminist Generation* (Findlen 1995), *To Be Real: Telling the Truth and Changing the Face of Feminism* (Walker 1995), *Third Wave Agenda: Being Feminist, Doing Feminism* (Heywood/Drake 1997) und *The Fire this Time. Young Activists and the New Feminism* (Labaton/Martin 2004); sowie die dem Aktivismus gewidmete Abhandlung *Manifesta: Young Women, Feminisms, and the Future* (Baumgardner/Richards 2000). Zum Verhältnis der dritten Welle zur zweiten vgl. Henry (2004). Für deutschsprachige Publikationen mit einer ähnlichen Perspektive vgl. die Textsammlung von *Das F-Wort* (Stöcker 2007) sowie den aus dem Norwegischen übersetzten „Ratgeber“ *Die Badgirl Feministin* (Nestor 2006).

²⁹ Weitere Beispiele für postfeministische Positionen aus dem deutschen Sprachraum sind die populärwissenschaftliche Abhandlung *Entmannt. Wider den Trivialfeminismus* von Signe Zerrahn (1995), die Textsammlung *Die widerspenstigen Töchter* von Susanne Weingarten und Marianne Wellershoff (1999) sowie Katja Kullmanns autobiographischer Essay *Generation Ally* (Kullmann 2003). Für eine Kritik solcher Ansätze vgl. u.a. Hark/Kerner (2007b; 2007c; 2007a).

³⁰ Das Manifest ist in verschiedenen Sprachen im Internet erhältlich unter <http://www.gender-mainstreaming.org/>.

XI. Über die Autorin

Ina Kerner, Dr. phil., ist Diplompolitologin und arbeitet als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung der Technischen Universität Berlin. Sie hat in Berkeley, Bonn, Quetzaltenango, Chapel Hill und an der Freien Universität Berlin studiert und war von 1999 bis 2005 Wissenschaftliche Mitarbeiterin für politische Theorie am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der FU Berlin. Im Wintersemester 2001 war sie *Visiting Scholar*, im Sommersemester 2006 *Visiting Assistant Professor* an der New School für Social Research in New York. Anfang 2006 hat sie mit einer Arbeit über „Differenzen und Macht. Zum Verhältnis von Rassismus und Sexismus“ promoviert. Ihre Arbeitsschwerpunkte umfassen politische Theorie, feministische Theorien, Postkolonialismus und Fragen von Diversität und Intersektionalität.



Kontakt:
TU Berlin, ZIFG
Hauspostfach FR 3-4
Franklinstr. 28-29
D-10587 Berlin
Email: ina.kerner@tu-berlin.de,
kerner@zedat.fu-berlin.de

XII. Andere Veröffentlichungen der Autorin:

Feminismus, Entwicklungszusammenarbeit und Postkoloniale Kritik. Eine Analyse von Grundkonzepten des Gender-and-Development Ansatzes. Hamburg 1999: LIT.

Empowerment durch Geschlechterplanung? Postkoloniale Kritik am Genderansatz. In: ASA, iz3w: Malstreaming gender? Geschlechterverhältnisse in der Entwicklungspolitik. Sonderheft Gender, iz3w, März 2000, S.10-14.

Dimensionen postmoderner Feminismen. Plädoyer für Mehrstimmigkeit im feministischen Theoriekanon. In: Feministische Studien, Jg. 14, Heft 1/2000, S. 129-144 (gemeinsam mit Johannes Dingler, Regina Frey, Ingrid Jungwirth, Frauke Spottka).

Flucht, Migration und die bundesdeutsche Entwicklungszusammenarbeit. In: Alfredo Märker, Stephan Schlothfeldt (Hg.): Was schulden wir Flüchtlingen und Migrant*innen? Grundlagen einer gerechten Zuwanderungspolitik. Opladen 2002: Westdeutscher Verlag, S. 45-67.

Nationalstaatliche Integrationsmechanismen und geschlechtliche Zuschreibungen. In: Gerhard Göhler, Mattias Iser, Ina Kerner (Hg.): Verfassungspatriotismus und Nationale Identität. Ein deutsch-ungarisch-tschechisch-polnischer Dialog. Berlin – Miskolc 2003: Publicationes Universitatis Miskolciensis, S. 305-320.

«Internationale Politik». Ein Interview mit Gayatri Chakravorty Spivak von Ina Kerner, in: Texte zur Kunst, 12. Jg., Nr. 49, März 2003, S. 73-80.

Geschlecht. In: Gerhard Göhler, Mattias Iser, Ina Kerner (Hg.): Politische Theorie. 22 umkämpfte Begriffe zur Einführung. Wiesbaden 2004: VS Verlag für Sozialwissenschaften / UTB, S. 137-154.

Globalisierung. In: Gerhard Göhler, Mattias Iser, Ina Kerner (Hg.): Politische Theorie. 22 umkämpfte Begriffe zur Einführung. Wiesbaden 2004: VS Verlag für Sozialwissenschaften / UTB, S. 190-208.

Forschung jenseits von Schwesternschaft. Zu Feminismus, postkolonialen Theorien und *Critical Whiteness Studies*. In: Cilja Harders, Heike Kahlert, Delia Schindler (Hg.): Forschungsfeld Politik. Geschlechtskategoriale Einführung in die Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2005: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 217-238.

Kollektive Identität. Überlegungen zum Gebrauch eines umstrittenen Konzepts. In: Hubertus Buchstein, Rainer Schmalz-Bruns (Hg.): Politik der Integration. Symbole, Repräsentation, Institution. Festschrift für Gerhard Göhler zum 65. Geburtstag. Baden-Baden 2006: Nomos, S. 157-173.